

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 4 vom 27. Januar 1984

18. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

Zum
7. Parteitag
der DKP —

Seiten 6/7

Reisebericht
aus
Kalavrita —

Seite 9

Streik
der Bauxit-
arbeiter in
Surinam —

Seite 10

Kältetod

„Der Andrang auf die Notquartiere in New York war so groß wie noch nie.“ — „Es werden abermals zahlreiche Todesopfer erwartet, da bereits während der letzten Kältewelle in den USA mehrere hundert Erfrorene gezählt wurden.“

Punkt. Fertig. Aus. Das war die neueste „Wettermeldung“ aus den USA am vergangenen Wochenende. Bekanntgegeben, registriert, abgehakt. Als wäre es das Normalste der Welt.

Und kurz darauf, im selben Fernsehen, Ronald Reagan als Vertreter der größten westlichen Demokratie. Wörtlich.

Dieser großartige Vertreter der Demokratie hat ganz nebenbei durch rigide Kürzung im Sozialbereich entscheidend dazu beigetragen, daß keine weiteren Obdachlosenquartiere gebaut wurden, alte nicht erneuert wurden, Kleidergeld gekürzt wurde, Armenspeisungen abgesetzt. Aber was soll's, er ist ja Demokrat.

Ein paar hundert Tote hin oder her, das ist Leben, wie der echte Amerikaner sagt. Und der ist, versteht sich, auch Demokrat. Welche Ursachen das hat, welche — in diesen Fällen recht eindeutige — Schuldzuweisungen ergehen müßten, das interessiert nicht.

Das reichste Land der Welt, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das macht es möglich. Und seine hochbezahlten Papageien in aller Welt machen es plausibel. Daß es da eigentlich das Delikt der fahrlässigen Tötung gibt, das wagt da nicht einmal einer zu denken. Und: So neu ist das Ganze ja nicht, nur allmählich durchgedrungen, lange genug bewußt verschwiegen, das „andere“ Amerika. Das schon immer sehr groß war und beständig wächst.

Indianer, Schwarze, Puertoricaner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, die Reihe ist lang und länger und Demokrat Reagan strengt sich mächtig an, sie weiter zu verlängern. So ist sie nun eben, die freie Welt, der Idealstaat der Bonner Regierung und ihrer Hintermänner.

Die nächste Kältewelle kommt bestimmt. Die nächste Wahl auch, und Reagan gilt als Favorit. Wie lange das noch so geht?

Ein Krieg wird vorbereitet Widerstand tut not

„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ — So lautet die Kampflosung aller Antifaschisten. — „Nie wieder Krieg!“ Es ist nur folgerichtig, daß dieser Losung am diesjährigen 30. Januar, dem 51. Jahrestag der Machtübergabe an die Hitler-Faschisten, besonders Nachdruck verliehen wird: Der 30. Januar 1984 ist auch nationaler Widerstandstag der Friedensbewegung.

Unmittelbarer Anlaß ist die begonnene Stationierung der Pershing II-Atomraketen in der Bundesrepublik.

Die Stationierung muß gestoppt werden, die Pershings und Cruise Missiles müssen verschwinden — das gehört zum „Konsens“ der Friedensbewegung in ihrer ganzen Breite.

Vielfach ist aber immer noch unklar, daß es hier nicht um einen Kampf gegen bestimmte Waffen geht, sondern um einen Kampf gegen eine bestimmte Politik, die bestimmte Menschen aufgrund bestimmter Interessen machen und durchzusetzen versuchen.

Die imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion stehen im Wettstreit: Jeder will eine deutliche militärische Überlegenheit über den anderen gewinnen. Die USA forcieren diesen Wettlauf besonders und präsentieren der Welt ihre

„Erstschlagwaffen“, von denen sie sich versprechen, auch einen Atomkrieg gewinnen zu können. Sie versprechen sich zudem viel von der Möglichkeit, durch die Stationierung ihrer Angriffswaffen in Europa den Krieg auch weitgehend auf europäisches Territorium zu begrenzen. Besonders Deutschland soll das Schlachtfeld sein.

Auch in Bonn sitzen keine Verrückten, sondern Statthalter des westdeutschen Imperialismus, „unseres“ Finanzkapitals. Zu ihrem Verhältnis gegenüber der Strategie der USA und der von dieser dominierten NATO stellte der 5. Parteitag der KPD im Dezember fest:

„Der BRD-Imperialismus hat sich aus eigenem Interesse in diese Strategie eingeordnet. Die amerikanische Atomkriegsdrohung gegen die Sowjetunion ebenso wie die aggressive amerikanische Militärpräsenz von der Karibik über den Nahen Osten

bis nach Südostasien werden als notwendiger Flankenschutz für die Expansion des BRD-Kapitals, für die Sicherung und Ausdehnung seiner weltweiten Machtpositionen gesehen. Darüber hinaus verfolgt der westdeutsche Imperialismus nach wie vor das Ziel, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, die DDR, Westpolen und Teile der Sowjetunion in seinen Herrschaftsbereich einzugliedern. Dieses Ziel aber kann er nicht aus eigener Kraft, sondern nur im Rahmen der US- und NATO-Kriegsstrategie verwirklichen.“

Wir sagen: Friedenskampf ist Klassenkampf. Gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie und ihre Regierung.

Wir sagen: Die Arbeiterklasse muß zur Hauptkraft im Friedenskampf werden. All die verpönten und verfolgten Losungen, „Widerstand“ und „Generalstreik“ sind notwendig und müssen Wirklichkeit werden, wenn die Kriegstreiber gestoppt werden sollen.

Wir sagen: Die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der Werktätigen und die Hochrüstung hängen zusammen. Unsere Losung: Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn. Das heißt auch: Nein zu den Atomraketen, ja zur 35-Stunden-Woche.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, eine Massenbewegung gegen die NATO zustandezubringen. Die Lösung aus der NATO würde die akute Kriegsgefahr für unser Land verringern, deshalb ist „Raus aus der NATO“ eine Forderung unserer Partei seit ihrer Gründung. Alle fremden Truppen müssen raus aus unserem Land, die Bundesrepublik muß ihre Neutralität erklären.

In diesem Sinne unterstützen wir nach Kräften die Aktionen der Friedensbewegung am 30. Januar.

Wir Kommunisten reichen im Kampf um die Erhaltung des Friedens jedem die Hand. Gleichzeitig bekräftigen wir unsere Grundauffassung: endgültigen Frieden für unser Land kann nur die Macht der Arbeiterklasse selbst sichern, die Beseitigung der Ausbeuterklassen, die allein ein Interesse am Kriege haben. Wirklichen Frieden gibt es nur im Sozialismus.

Blutige Unterdrückung in Marokko

Schossen französische Soldaten für Hassan?

Eine unbekannte — aber hohe — Zahl von Todesopfern forderten die jüngsten Hungerproteste in Marokko. Mit bekannter Brutalität schickte der Palast seine Soldateska auf protestierende landlose Bauern und arbeitslose Jugendliche. Das „Heer seiner Majestät“, das von französischen Beratern wiederaufgebaut und finanziert wurde, hat schon öfters blutig für „Ruhe und Ordnung“ gesorgt. Und auch dieses Mal ist die Verwicklung französischer Ausbilder von großer Wahrscheinlichkeit.

Nur wenige Tage nach den Brotprotesten in Tunesien also nun auch in Marokko. Die beiden reaktionärsten Regime Nordafrikas krisengeschüttelt, das französische Außenministerium hat Hochkonjunktur.

Hassan II hat Unmengen Geldes in seinen Rückeroberungskrieg der Sahara gesteckt, Militärkredite fürs Heer aus Frankreich, für die Luftwaffe aus den USA bezogen, das Land zusehends verschuldet. In diesen Saharakrieg gelang es ihm, alle traditionellen politischen Parteien und Organisationen seines Landes einzubeziehen, einschließlich der sozialdemokratischen USFP (die in weiten Teilen auch Ursprung der Kader der FP/Polisario war). Gleichzeitig haben seine Agrarreformen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zwar eine Schicht reicher Bauern, die den

Palast unterstützen, geschaffen, andererseits aber eine Unmenge Menschen zu landlosen Bauern, zu Slumbewohnern, zu regelrecht Elenden gemacht.

All dies war immer wieder begleitet von heftigen spontanen Protesten, die blutig unterdrückt wurden, stets mit — mindestens — finanzieller Hilfe der NATO-Staaten, die Marokko zunehmend in eine Aufmarschbasis verwandelten, mit Truppenrechten für die USA und Frankreich.

Auch hier, wie bei so vielen anderen Diktatoren, beteiligten sich die verschiedenen Bundesregierungen an der Finanzierung. Dem jüngsten Kommuniqué der Frente Polisario ist da nur zuzustimmen, das erneut hervorhob, daß nur der Sturz Hassans sowohl die Saharis als auch die Marokkaner „vom Elend erlösen“ werde.

Gerichtsurteil gegen Atomkraftwerksbau

AKW-Propaganda arbeitet mit Entlassungen

Das Gerichtsurteil, das den Weiterbau des AKW Ohu II untersagte, hat hohe Wellen geschlagen. Auf der Seite der AKW-Gegner sicher Freude darüber, daß der Weiterbau erst einmal verhindert wurde. Auf der Seite der AKW-Industrie jedoch sofort eine intensive Kampagne gegen das „arbeitsplatzvernichtende Urteil“. Und dementsprechend die Ankündigung, 1000 der 1200 Beschäftigten an der Baustelle müßten entlassen werden.

In der Denkschrift des BDI von 1980 — die in weiten Passagen wörtlich mit der Regierungserklärung Kohls vom Oktober 82 übereinstimmt — war als eine der zentralen politischen Forderungen des Großkapitals die Beseitigung von Hindernissen verschiedenster Art für weitere Investitionen gefordert worden. Der Investitionsstau, so wurde damals argumentiert, sammle sich auch und gerade bei AKWs, denn da gäbe es sowohl ständige politische Demonstrationen und Bekundungen als auch zahllose und endlose Gerichtsverhandlungen.

Beides habe weder mit Demokratie noch mit Bürgerrechten zu tun, sondern spiele nur eine wirtschaftsfeindliche Rolle. So war im Groben der Gang der Argumentation. Daß daraus die Forderung abgeleitet wurde, sowohl das Demonstrationsrecht zu beschneiden als

auch gerichtliche Einspruchsmöglichkeiten zu beschränken (unter der Stoßrichtung „Beschleunigung von Genehmigungsverfahren“) ist beim Interesse der Verfasser der Denkschrift nur logisch.

Dieses Gerichtsurteil wird nun zum Anlaß genommen, diese bisher eher zurückhaltend vertretene Forderung ganz massiv in den Vordergrund zu bringen. Dieses Gericht schafft Arbeitslosigkeit, so der kurzgefaßte Tenor der Stellungnahmen.

Damit soll sowohl von der in Wirklichkeit arbeitsplatzvernichtenden Energiepolitik der Konzerne und ihrer Regierung abgelenkt werden als auch eine Stimmung unter den betroffenen Arbeitern erzeugt werden. Umso mehr tut es not, den Charakter dieser Energiepolitik zu entlarven, ihre Verantwortung für die Arbeitslosigkeit.

Erneuter Erpressungsversuch

Esser droht mit Aussperrung

Otto Esser, Chef des Kapitalistenverbandes, erneuerte und verschärfte am vergangenen Wochenende die drohende Haltung der Unternehmer gegen die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche.

Nur einen Tag nachdem auch Hans Dietrich Genscher die Worte des Vorsitzenden Esser von der Woche vorher, Arbeitszeitverkürzung wäre „Gift für den Aufschwung“ treu und brav nachgeredet hatte, gab Esser seinen Bonner Mannen eine neue Hausaufgabe.

Der Tenor ist Härte. Es gäbe keine „sichtbare Kompromißmöglichkeit“, die „Arbeitgeber wollen keinen Arbeitskampf, werden ihn aber durchsetzen, wenn er ihnen von den Gewerkschaften aufgezwungen wird“. Dazu werden alle geeigneten Maßnahmen angekündigt. Und das wiederum ist nichts anderes als die Androhung der Aussperrung.

Wobei die bürgerliche Propaganda einmal mehr versucht so zu tun, als ob es sozusagen eine Waffengleichheit gäbe, hier Streik, da Aussperrung. Was zu verwechseln versucht, daß die Kapitalisten schon „das Recht“ haben, zu entlassen, zu rationa-

lisieren, Löhne zu kürzen usw. — und die Arbeiter dagegen das Mittel des Streiks sich als demokratisches Recht erkämpft haben. Ein Recht, das mit der Aussperrung ausgehebelt, zu nichte gemacht werden soll.

Dieser Angriff Essers — der ja nur die öffentliche Herausstellung einer schon lange angewandten Drohung ist — muß daher auch den Widerstand aller demokratisch gesinnten Menschen erfahren, nicht nur der beteiligten Gewerkschaften.

Dieser Angriff Essers — der ja nur die öffentliche Herausstellung einer schon lange angewandten Drohung ist — muß daher auch den Widerstand aller demokratisch gesinnten Menschen erfahren, nicht nur der beteiligten Gewerkschaften. Diese aber werden sich bei der Festlegung möglicher Streiktaktiken damit befassen müssen, ob sie eine offene Flanke für Aussperrung bieten wollen oder dies verhindern.

„... weil eine Überfremdung der Belegschaften befürchtet wird.“

Unternehmen beteiligen sich an der „Ausländerrückführung“

Verschiedene Betriebe sind inzwischen dazu übergegangen, zusätzlich zu der von der Bundesregierung eingeführten zeitlich begrenzten „Rückkehrhilfe“ für Ausländer einen gewissen Betrag selbst zu zahlen.

Das großangelegte Projekt der Ausländerverteilung beginnt also mit dem „Zuckerbrot“. Die Peitsche kommt dann später... Notwendigerweise. Weil, daran muß immer wieder erinnert werden, denn die bürgerlichen Medien verschweigen das zumindest in der aktuellen Berichterstattung, nur ein sehr geringer Teil der ausländischen Bevölkerung, die die Unionsparteien bis zum Ende dieses Jahrzehnts um die Hälfte verringert haben wollen, überhaupt in den „Genuß“ der Finanzspritze kommen kann (für mehr als 50000 ist kein Geld eingeplant).

Die Reaktion der Ausländer auf die Prämienangebote ist offensichtlich regional recht unterschiedlich. Während aus einigen Orten eine überraschend hohe Nachfrage gemeldet wird, zeigt man sich andernorts damit eher unzufrieden.

Letzteres gilt zum Beispiel für die Ruhrkohle AG in Recklinghausen, die das Bereitstellen einer zusätzlichen Abfindung ausdrücklich damit begründet, daß die „Rückkehrhilfe“ des Bundes „kein ausreichender Anreiz“ sei. Das ergab sich unter anderem aus einer Befragung der auf der Zeche „Osterfeld“ beschäftigten Türken.

Nicht alle Unternehmen offenbaren ihre Gesinnung so deutlich, wie das eben die Ruhrkohle AG tut. Eine entsprechende Aussage des Leiters des Personalwesens, Alfons von Bronk, gibt die „Recklinghäuser Zeitung“ vom 10. Januar folgendermaßen wieder: „Die Ruhrkohle AG will sich vor allem deshalb von einem Teil

ihrer ausländischen Arbeitnehmer trennen, weil eine Überfremdung der Belegschaften befürchtet wird.“ — Auch hier ist also das Nazi-Wort „Überfremdung“ in den Wortschatz der Konzernherren eingegangen. Die angeblich so menschenfreundliche Maßnahme entpuppt sich unter anderem auch als Teil der ausländerfeindlichen Hetzkampagne.

Die deutschen Arbeiter, die in den nächsten Jahren zu Zehntausenden ihren Arbeitsplatz verlieren sollen — gerade bei Kohle und Stahl — sollen sich durch die „Ausländer-raus“-Maßnahmen „ihrer“ Unternehmen wohl auch noch getrostet fühlen. Nach dem Motto: „Wenn wir schon gehen müssen, sollen die wenigstens abhauen.“ Dafür spricht die Rechnung, die die RAG ihnen und der Öffentlichkeit aufmacht, hier wiederum zitiert nach der „Recklinghäuser Zeitung“: „Der Ausländeranteil beträgt jetzt 17 Prozent. Im Zuge der jetzt beginnenden Anpassungsmaßnahmen (man freut sich doch immer wieder über dieses schöne neutrale Wort! — RM), die in den nächsten fünf Jahren zum Ausscheiden von 14000 älteren Bergarbeitern führen, würde er auf über 20 Prozent ansteigen, wenn nicht auch türkische Bergleute abkehren würden.“ — Es gäbe ja noch eine andere Möglichkeit. Daß nämlich die deutschen Arbeiter die gigantische Arbeitsplatzvernichtung nicht als etwas Naturnotwendiges hinnähmen. Daß ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertreter nicht zu allem und

jedem Ja und Amen sagten. Daß Deutsche und Ausländer gemeinsam für den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen würden, bei dem es doch nicht nur um die älteren Kollegen geht, die — jedenfalls bisher noch — über Sozialplan abgedeckt frühzeitig ausscheiden, sondern auch zum Beispiel um die Zukunft ihrer Kinder. — Das wäre denkbar. Aber das liegt natürlich nicht im Interesse der Unternehmer, deren einzige Sorge es ist, auch in der Krise ihre Profite zu sichern.

Abfindungsmaßnahmen wie in Recklinghausen werden bereits im Hüttenbereich der Mannesmann-Röhrenwerke in Duisburg praktiziert. Andere Montanunternehmen fangen jetzt ebenfalls damit an bzw. konkretisieren ihre Planungen dafür. So machte zum Beispiel der Hoesch-Betrieb Dittmann & Neuhaus die dort beschäftigten türkischsprachigen Arbeiter mit einem Flugblatt auf die „Rückführungs“-Maßnahmen aufmerksam. Ein anderes Beispiel: Der Betriebsausschuß des Gesamtbetriebsrates der Hoesch Werke AG hatte sich bereits auf seiner Sitzung am 8. Juli 1983 mit den damals noch nicht endgültig verabschiedeten Plänen der Bundesregierung befaßt, sie gutgeheißen und zu Protokoll gegeben: „Es wird vorgeschlagen, daß Hoesch zusätzlich finanzielle Anreize schaffen sollte, um ausländischen Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Ländern zum Ausscheiden zu veranlassen. Hoesch beschäftigt gegenwärtig 3400 ausländische Arbeitnehmer, zu 50 Prozent Türken.“ — Ein schöner Beweis für die Kooperationsbereitschaft einer „Arbeitnehmervertretung“. (Daß gerade bei Hoesch auch gewissen Betriebs-

ratsmitgliedern die „Überfremdungs“-Hetze nicht fremd ist, bewiesen sie unter anderem mit ihren Stellungnahmen zu einem auf Ausländerverdrängung ausgerichteten Wohnungsbauprogramm der Hoesch-Hüttenwerke, über das der Rote Morgen in den Ausgaben 41 und 42/83 berichtete.) — In diesem Sinne soll es bei Hoesch jetzt auch ablaufen.

Man muß nüchtern in Rechnung stellen, daß bei einem bedeutenden Teil der ausländischen Arbeiter die Resignation und damit die Bereitschaft zur Annahme der lächerlichen Prämien recht stark ist.

In Castrop-Rauxel zum Beispiel wollen sehr viele der bis vor kurzem noch auf der inzwischen stillgelegten Zeche „Erin“ beschäftigten türkischen Arbeiter in die Türkei zurück, auch ohne zusätzliche Angebote durch das Unternehmen. In einem Gespräch mit Korrespondenten des Westdeutschen Rundfunks, das am 23. Januar gesendet wurde, betonte einer der Betroffenen, daß die Hoffnung auf die Gründung einer sicheren Existenz mit der 10500-Mark-Prämie in den meisten Fällen völlig verfehlt ist. Allein die Reise kostet etwa 5000 DM. Will man sich dann noch ein kleines Haus oder auch nur eine Wohnung kaufen, reicht das Geld dafür nicht einmal auf einem Dorf, geschweige denn in einer Großstadt. Um nicht ganz ohne etwas dazustehen, müsse man schon erhebliche Ersparnisse aufweisen, die aber die meisten nicht haben. — So ist auch die Ausreise der Erin-Kollegen nichts anderes als ein Export der Arbeitslosigkeit, ganz im Sinne der westdeutschen Kapitalisten und ihres Staates: Der Mohr hat seine



Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Für die deutschen Arbeiter geht das Hinnehmen oder gar Fördern dieser Maßnahmen mit dem Verzicht auf die kämpferische Wahrnehmung der eigenen Interessen, auf die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze gegen den Vernichtungsfeldzug der Unternehmer Hand in Hand. Deutlich zeigt sich gerade im Ruhrgebiet, daß nicht die Ausländer oder die Türken Schuld an der Vernichtung der Arbeitsplätze sind, daß die Ausländerverteilung die Arbeitsplätze nicht sicherer macht. Dennoch hat sich diese Erkenntnis noch nicht genügend durchgesetzt, die allgemeine

Angst vor den Auswirkungen der Krise macht, gefördert durch die bewußte verlogene Hetze der Reaktion, viele immer noch blind. Schändlich ist dabei das immer wieder zu beobachtende Zusammenspiel derjenigen, die eigentlich die Interessen der Belegschaften zu vertreten hätten, mit den Unternehmern.

Die Ausländerfeindlichkeit spaltet und schwächt die Arbeiterklasse. Nur der gemeinsame, solidarische Zusammenhalt im Klassenkampf gegen die Krisenpolitik des Kapitals bietet die Chance auf die Wahrung bzw. Durchsetzung der Interessen aller Arbeiter unseres Landes.

„Basiskartei Zersetzung“

Zu den interessantesten Enthüllungen, die es im Zusammenhang mit der Affäre Kießling/Wörner in den letzten Tagen gab, gehört die Bekanntgabe der Existenz einer „Basiskartei Zersetzung“ beim Militärischen Abschirmdienst (MAD), in der etwa 50000 Personen gespeichert sind.

Am meisten Rummel wurde in der Öffentlichkeit über die — auch wahrhaft empörende — Tatsache gemacht, daß antisemitische, demokratische Schriftsteller und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in dieser Kartei festgehalten sind. Für unsereinen gibt es in dieser Kartei allerdings mit Sicherheit auch einen Platz, wurden in sie doch sogar die — polizeilich und nicht geheimdienstlich ermittelten — Daten von Fahrzeughaltern eingespeichert, deren Wagen im näheren Umkreis einer als links angesehenen Versammlung geparkt waren.

Man denkt in diesem Zusammenhang an die „Heilbronner Erklärung“, in der eine ganze Reihe von Schriftstellern vor einigen Wochen die Stationierung von Pershing-2-Atomraketen zum Anlaß nahm, die jungen Männer unseres Landes zur Wehrdienstverweigerung aufzurufen. Günter Grass sagte bei dieser Gelegenheit, er werde in Zukunft das tun, „was man früher Wehrkraftzersetzung genannt hat“. Zu den Unterzeichnern gehört auch Bernt Engelmann.

Nun, falls er und andere so denken sollten wie Grass — sie kamen zu spät. Schon lange vor

diesem Beschluß waren sie beim MAD unter dem Stichwort gespeichert, das Grass offenbar einer „früheren“ Welt zugeordnet hatte. Die MAD-Agenten hatten — und, wird man wohl hinzufügen müssen, haben immer noch — eine sehr weitgehende Auffassung davon, was und wer alles „wehrkraftzersetzend“ ist. Dafür sprechen sehr deutlich diejenigen Namen aus der Basiskartei, die bisher veröffentlicht wurden, etwa Ingeborg Drewitz oder Helga Schuchardt.

1981, so berichtet der „Spiegel“, wurde die „Basiskartei Zersetzung“ für Neueintragen gesperrt. Einzelne vom neuen Datenschutzauftrag des Bundes beanstandete Daten, so ließ der MAD mitteilen, seien inzwischen gelöscht worden. Darunter die einiger Prominenten und die des vierjährigen Jungen, der 1974 mit seiner Familie über die Ostsee aus der DDR geflüchtet war und über den es hieß: „Da nicht ausgeschlossen werden kann, daß o.a. Personen zu einem späteren Zeitpunkt als zivile Bewerber bzw. Rahmenpersonal der Bundeswehr in Erscheinung treten, wird der vorstehende Sachverhalt vorsorglich gemeldet.“ (Mit der Eintragung hätte er nie Offizier werden können, der arme

kleine Kerl.)

Die anderen Daten bleiben drin. Zwar haben auch ganz staatstreue Datenschützer festgestellt, daß noch viele hundert Daten ähnlicher Qualität wie die angeblich inzwischen gelöschten vorhanden sind, aber ihre Löschung wird nach Expertenaussagen noch Jahre dauern. Und dann gibt es wohl noch einen umfassenden Bestand von Daten, die niemand gelöscht haben will. Der MAD offenbarte sich im Zusammenhang mit der Affäre Wörner einmal mehr als eine geradezu kriminelle und volksfeindliche Geheimorganisation. Es wäre wünschenswert, wenn das viele Menschen mitbekommen hätten.

Zum Fall Kießling selber gibt es kaum Neuigkeiten. Wenn man bestimmte Pressezeugnisse liest — etwa die UZ von der DKP — könnte man den Eindruck bekommen, Kießling sei die letzte Bastion des unabhängigen Westdeutschland gegen die Atomkriegspläne der USA gewesen, und Rogers habe ihn deshalb aus dem NATO-Führungsstab verbannen lassen. Abgesehen davon, daß Rogers mit Sicherheit sowenig wie möglich mit Leuten zu tun haben möchte, die ihm theoretisch irgendetwas reinreden könnten, spricht nichts für diese Ansicht, keine einzige wirklich greifbare Tatsache. Über mögliche politische Differenzen wird Schweigen bewahrt, auf eine mögliche atomkriegsfeindliche Haltung

Kießlings deutet nichts hin. Es ist sicher mehr als berechtigt und notwendig, hier vollständige Aufklärung zu verlangen. Schon um noch mehr Licht hinter die MAD-Umtriebe zu bringen.

Wörner sitzt indessen immer noch auf seinem angeblich wankenden Stuhl. Interessant ist in dem Zusammenhang auch, daß immer, wenn in Bonn ein Stuhl wankt oder scheinbar wankt, Franz Josef Strauß als möglicher nächster Besitzer gehandelt wird. Das war bekanntlich schon bei Lambsdorff der Fall. Ausgerechnet der extreme Reaktionär Strauß. Von ihm gibt es ja ein passendes Zitat zur Kießling-Affäre: er betonte schon vor Jahren, er sei „lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder“. Und er ist auch als „heißer“ Krieger leicht vorstellbar. Also sicher ein guter Mann auf dem Stuhl des „Verteidigungs“-Ministers — mit den Augen der Kapitalisten gesehen. Nicht für die Menschen, die die Atomkriegspolitik in Bundeswehr- und NATO-Stäben als Blutopfer ausersehen haben.

Bleibt festzustellen: Weder Wörner noch Strauß noch die ganze Regierung sind für die einfachen Menschen tragbar, auch nicht der Geheimdienstapparat dieser Republik. Und in Bezug auf die Bundeswehr ist es in der Tat eine wichtige Aufgabe, an ihrer Zersetzung zu arbeiten.

Wochenseminare der KPD 1984

- Themen: Einführung in die politische Ökonomie + Klassen und Klassenkampf + Staat und Revolution + Der Imperialismus + Was bringt uns der Sozialismus + Aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung.
- Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
- Unkostenbeitrag pro Woche nur 35,— DM.
- Anmeldungen bei Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, 3000 Hannover 91, Tel.: (0511) 466529.
- Termine:
 - 20.—26. Februar 1984
 - 24.—29. April 1984 (Osterferien)
 - 17.—23. September 1984
- • Vom 7.—13. Mai findet ein Wochenseminar in türkischer Sprache statt.

Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom bis an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen.

Name Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Nordrhein-Westfalen:

Sozialdemokratischer Innenminister will wieder Asylbewerber in die Türkei abschieben

Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor hat Mitte Januar einen von ihm vor einiger Zeit verfügten Abschiebestopp für „rechtskräftig abgelehnte“ Asylbewerber aus der Türkei wieder aufgehoben. Allein aus Dortmund sollen in den nächsten Wochen zehn Menschen abgeschoben werden. Zahlreiche demokratische Kräfte meldeten sofort ihren Protest an.

Schnoor hatte im letzten Herbst eine für den 2. September vorgesehene „Rückführung“ von fünf türkischen Staatsangehörigen, deren Asylantrag abgelehnt worden war, gestoppt. Er hatte einen Aufschub der Abschiebung angeordnet und den Düsseldorfer Regierungspräsidenten angewiesen, ihn in jedem Fall einer vorgesehenen Abschiebung erst persönlich einzuschalten.

Als Anlaß nannte er die Tatsache, daß von acht abgelehnten Asylbewerbern, die am 12.8.83 zusammen mit 31 weiteren Türken nach Istanbul geflogen wurden, zumindest einer nach ihrer Ankunft inhaftiert worden war. („Illegale“ und „Kriminelle“ waren von dem zeitweiligen Stopp nie betroffen und sind für Schnoor auch uninteressant.)

Anschließend wandte sich Schnoor an das Bundesinnenministerium mit der Bitte um Mitteilung über alle dort vorliegenden Erkenntnisse.

In einer Antwort auf eine mündliche Anfrage des Abgeordneten Klein von der CDU, der die Maßnahme des Landesinnenministers überhaupt nicht in den Kram paßte, betonte Schnoor abschließend:

„Ich sage aber auch ganz deutlich, daß unübersehbare Probleme auf unsere Kommunen, das Land und die gesamte Bundesrepublik zukommen würden, müßten wir auf die Rückführung abgelehnter Asylbewerber in die Türkei verzichten. Allein für Nordrhein-Westfalen würde es sich um ca. 15000 Türken handeln.“

Gleichwohl kann ich die

bisherige Praxis nur aufrechterhalten, wenn zugesichert wird, daß den in der Bundesrepublik abgelehnten türkischen Asylbewerbern allein aus dieser Tatsache in der Türkei kein Nachteil droht.“

Kemal Altun kurz vor seinem Selbstmord. Hat Schnoor seinen Tod schon vergessen? Oder will er neue Opfer?

Zu Schnoors Standpunkt heißt es treffend in einem Offenen Brief, der nach der Aufhebung des Ausweisungsstopps von sieben Dortmunder Initiativen verabschiedet wurde:

„... Laut ‚Westfälischer Rundschau‘ vom 13.1.84 begründen Sie die Aufhebung des Abschiebestopps folgendermaßen: „Informationen von Amnesty International sowie von Parlamentariern, die in der Türkei waren, über die Behandlung der in ihr Heimatland zurückgekehrten Asylbewerber hätten nicht bestätigt, daß diese Personen allein wegen ihres Antrags speziell gefährdet seien.“ Wie ist das zu verstehen? Heißt das, daß abgelehnte Asylbewerber bei ihrer Abschiebung in die Türkei entgegen bisherigen Erfahrungen nun doch nicht mit Verfolgung durch die Behörden und Militär-

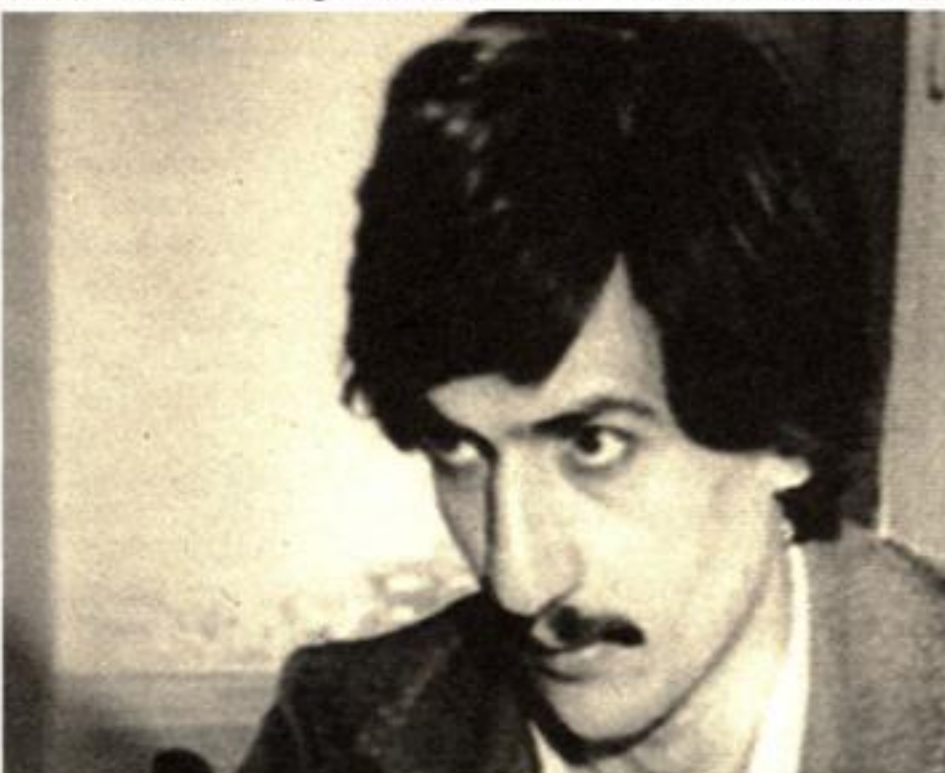
gerichte zu rechnen hätten?

Derartiges geht aus der zitierten Begründung offensichtlich nicht hervor. Darin wird lediglich behauptet, es habe sich nicht bestätigt, daß diese Personen allein wegen ihres Antrags speziell gefährdet seien. Mit anderen Worten: Abgeschobene Asylbewerber, die in der Türkei in das Gefängnis gesperrt werden, sollen sich dann damit trösten, daß dies keine spezielle Maßnahme ist, die das Militärregime allein wegen ihres in der BRD gestellten Asylantrags verhängt hat.

Gibt es irgendeine Veranlassung, anzunehmen, daß abgeschobene

den Gefängnissen gefoltert und umgebracht werden, solange muß jeder türkische Staatsbürger, der sich wegen seiner politischen Einstellung in seiner Heimat verfolgt und bedroht fühlt, bei uns in der Bundesrepublik Zuflucht finden und als Asylant anerkannt werden!

Wie unmenschlich und zynisch das Abschieben von abgelehnten Asylbewerbern ist, wurde bei uns in Dortmund zuletzt besonders deutlich anhand des Falles Abdulla Tosun. Im September letzten Jahres versuchte Abdulla Tosun, dessen Asylantrag abgelehnt worden war, sich das Leben zu nehmen, nachdem ihn die Ausländerbehörde



aufgefordert hatte, die Bundesrepublik zu verlassen.“

Auch Abdulla Tosun, dessen Leben im Krankenhaus gerettet wurde, durfte nur aufgrund der zeitweiligen Verfügung des Innenministers bleiben. Jetzt droht auch ihm wieder akut die Abschiebung. — Eine solche Entscheidung trifft ein sozialdemokratischer Innenminister nach der Erfahrung mit Kemal Altun!

Die KPD schließt sich der Forderung an, die Aufhebung des Auslieferungsstopps rückgängig zu machen. Ein solcher Auslieferungsstopp muß vielmehr im gesamten Bundesgebiet verhängt werden.

Verfügte Möcklinghoff die Ausweisung von Antifaschisten?

Nach Informationen der Rechtsanwälte von Türken und Kurden, die in Niedersachsen wegen ihrer Teilnahme an einer Demonstration gegen die Faschisten der Grauen Wölfe an Pfingsten 1983 in Hannover verfolgt werden, hat der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff (CDU) in einer Dienst-anweisung die Ausländerbehörden mit der „Überprüfung“ der betroffenen Ausländer beauf-

tragt. Diese Überprüfung solle mit dem Ziel erfolgen, „die Betroffenen auszuweisen“. Die Anwälte fordern die sofortige und ersatzlose Zurücknahme dieser Anweisung. Sie weisen darauf hin, daß ihren Mandanten allein schon wegen des Vorwurfs, an der Protestaktion beteiligt gewesen zu sein, nach einer eventuellen Ausweisung in der Türkei schwerste politische Verfolgung droht.

Innenministerkonferenz

Gesetz für „Under-Cover-Agenten“ soll bis Juni vorliegen

Über die offizielle und bundesweite Einführung des Polizeispitzels, der im Rahmen seiner Tätigkeit auch an Verbrechen teilnehmen darf, soll im Oktober entschieden werden. Das ist das wesentliche Ergebnis der Konferenz der Länderinnenminister vom 12. Januar.

An dem Gesetz über die Einführung des „Under-Cover-Agenten“ (UCA) nach US-amerikanischem Muster soll der bereits damit befaßte Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz weiter arbeiten. Bis zum Juni 1984 soll er in Kenntnis von Gutachten der Justizministerien des Bundes und der Länder ein neues Papier zu diesem Thema ausarbeiten, über das dann im Oktober endgültig entschieden werden soll.

UCA gibt es, auch ohne dieses Gesetz, bereits in Baden-Württemberg und Hamburg, wohl auch in Niedersachsen und Bayern. Sie werden weiterarbeiten. Mit dieser Praxis, so erklärte der hessische Innen- und Justizminister Gerhard, habe man sich auf der Konferenz nicht befaßt.

Die CSU machte sich wieder einmal besonders stark für diesen neuen Schritt in Richtung Polizeistaat. Bayerns Innenmi-

nister Hillermeier meinte, die noch bestehenden Bedenken des Bundesjustizministeriums — das derzeit von Engelhard (FDP) besetzt ist —, zu dem Vorschlag, eine gemeinsame Grundlage für die UCA zu schaffen, seien leicht ausräumbar. Er sehe da „keine Probleme“.

In den anderen Tagesordnungspunkten hat die Konferenz keine Beschlüsse gefaßt. Nach Gerhards Angaben „bewegt sich nichts“ in Sachen fälschungssicherer Autokennzeichen. Der „Bericht zur Sicherheitslage“ habe lediglich festgestellt, daß sich die RAF „von den Fahndungserfolgen nicht erholt“ habe. Gerhard behauptete, „ein noch nicht einschätzbares Potential“ drohe aus der möglichen Zusammenarbeit des BRD-Untergrundes mit Türken und Palästinensern. „Keine Neuigkeiten“ gebe es im Hinblick auf Asylverfahren und Volkszählung.

Ergebnisse der gemeinsamen Vollversammlung der Zentralen Komitees von BWK und KPD am 14./15. Januar in Köln

Als Gäste nahmen die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik, Aufsätze zur Diskussion, FAU/R, FAU/Heidelberg und der MLPD an der Sitzung teil.

Die Vollversammlung der Zentralen Komitees von BWK und KPD beschloß die Herausgabe einer regelmäßigen Beilage zu den bestehenden Publikationen Roter Morgen und Politische Berichte. Die Projektgruppe „Theoretische Zeitschrift“ wurde beauftragt, die Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen der revolutionären Sozialisten zu suchen. Die Vollversammlung bildete eine Projektgruppe „Revisionismus/Sozialismus“ und faßte einen Beschluß zur weiteren Zusammenarbeit zur Frage: „Gewerkschaften und wirtschaftlicher Kampf“.

Der Tätigkeitsbericht des gemeinsamen Präsidiums der ZK-Vollversammlung wurde gebilligt und das Präsidium beauftragt, die Arbeit fortzusetzen. Die Berichte der Projektgruppen „Theoretische Zeitschrift“ und „Gewerkschaften und wirtschaftlicher Kampf“ wurden gebilligt. Die Beschlussvorlage der Projektgruppe „Gemeinsame Erklärung gegen die Kriegsvorbereitung der BRD in der gegenwärtigen Weltlage“ wurde an die zu bildende Beilagen-Redaktion als Material überwiesen.

Die Vollversammlung der Zentralen Komitees beschloß eine Sitzung von Vertretern der Leitung von BWK und KPD zur Volksfrontpolitik. Die Sitzung ist öffentlich für diejenigen Organisationen, die sich für die Volksfrontarbeit interessieren.

Die nächste gemeinsame Vollversammlung der Zentralen Komitees von BWK und KPD findet im September 1984 statt.

Präsidium der gemeinsamen ZK-Vollversammlung von BWK und KPD.

Köln/Dortmund, den 18. Januar 1984

Die Zentralen Komitees von BWK und KPD beschließen, die Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden Publikation mit folgendem Charakter zu unterstützen:

a) Es wird eine Redaktion gebildet, die von allen diese Publikation unterstützenden Organisationen besetzt werden soll. Die Mitglieder der Projektgruppe „Theoretische Zeitung“ von BWK und KPD verpflichten sich dazu, alle zur gemeinsa-

men Vollversammlung der zentralen Komitees beider Organisationen am 14./15. Januar eingeladenen Organisationen der revolutionären Sozialisten zur Mitarbeit in dieser Redaktion einzuladen.

Nachdem die Redaktion gebildet ist, entscheidet sie im Konsensverfahren über die Teilnahme weiterer Organisationen der revolutionären Sozialisten.

b) Die einzelnen Ausgaben der gemeinsamen Publikation

werden jeweils einer aktuellen Frage des Klassenkampfes (wie z.B. 35-Stunden-Woche, Perspektiven der Friedensbewegung oder EG-Wahlen) als Schwerpunktthema gewidmet sein. Zu diesen Themen können die beteiligten Organisationen bereits von ihnen publizierte oder auch eigens für die gemeinsame Publikation geschriebene Beiträge veröffentlichen. Es soll darüber hinaus jeder Organisation das Recht eingeräumt wer-

den, ihr wichtig erscheinende Beiträge auch außerhalb des Schwerpunktthemas in der gemeinsamen Publikation zu veröffentlichen. Die Themenschwerpunkte werden von der gemeinsamen Redaktion festgelegt.

c) Die gemeinsame Publikation soll als Beilage zu den Organen (soweit vorhanden) der beteiligten Organisationen erscheinen und darüber hinaus auch unabhängig von diesen Organen als gesonderter Druck vertrieben werden. Sie soll jeweils einen Umfang von 4 bis 12 Seiten im Format DIN A 3 haben und alle 3 Monate erscheinen. Die erste Ausgabe erscheint im April.

BWK und KPD bilden eine Projektgruppe „Revisionismus/Sozialismus“ zur Bearbeitung von Fragenkomplexen wie in Punkt V der Ergebnisse der Projektgruppe „Theoretische Zeitschrift“ vorgelegt:

- Stellung der Klassen zu den Produktionsmitteln und in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit
- Entwicklung der Klassenverhältnisse und der ökonomischen Basis
- Rolle des Staates in der gesellschaftlichen Reproduktion
- Ökonomische Basis und Zielsetzung der Außen- und Außenwirtschaftsbeziehungen

• Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus

Die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und Westberlin ist umfassenden Angriffen der Kapitalisten ausgesetzt und befindet sich in Gegenwehr. Dieser Widerstand der Arbeiterklasse ist nicht immer erfolgreich.

Die revolutionären Sozialisten haben sowohl die Aufgabe, unmittelbar zur Stärkung der stattfindenden Kämpfe beizutragen als auch sich darum zu bemühen, die Klärung der in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im Zusammenhang mit diesen Kämpfen diskutierten Fragen zu fördern.

Zur allgemeinen Beschreibung ihrer Haltung zur Arbeiterbewegung als Ganzem greifen BWK und KPD auf das kommunistische Manifest zurück, in dem es über die Kommunisten heißt: „Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.“ (MEW 4, S. 492)

Nach den bisherigen Diskussionen von den gewerkschaftlichen Kampf betreffenden Fragen zwischen unseren beiden Organisationen halten wir es zur Fortführung der Diskussion für sinnvoll, in Auseinandersetzung

mit offiziellen Dokumenten der Gewerkschaften die Haltung beider Parteien zu für die weitere Entfaltung des gewerkschaftlichen Kampfes wichtigen Fragen zu bestimmen.

Dazu behandeln wir zwei bis drei Entschlüsse des letzten Gewerkschaftstages der IG Metall und veröffentlichen die Ergebnisse in der Beilage zu den Zentralorganen.

Zu diesem Zweck arbeiten der Fachausschuß Metall des ZK des BWK und die Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung der KPD zusammen.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit über örtliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Betrieb und Gewerkschaft hinaus beschließt die ZK-Vollversammlung:

1. BWK und KPD informieren sich gegenseitig über diesbezügliche Diskussionsveranstaltungen, Themen, Termine usw.
2. Zur Herstellung eines kontinuierlichen Diskussionszusammenhangs, zur Verbesserung der Informationslage der Mitglieder beider Parteien vereinbaren BWK und KPD, daß das vom BWK herausgegebene Nachrichtenheft Metall für Beiträge der KPD (z.B. entsprechende Artikel des Roten Morgen, Nachrichtenbeiträge von Genossen der KPD) geöffnet wird. Dazu sollten der Fachausschuß Metall und die Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung beim ZK der KPD zusammenarbeiten.

Erfolg vor dem Arbeitsgericht

Vom Arbeitsamt verordnete Zwangsarbeit

Volkskorrespondenz aus Ludwigshafen

„Trainingsmaßnahme“ wird die Zwangsarbeit im Sprachgebrauch des Arbeitsamtes genannt. Das sieht dann so aus: Das Arbeitsamt schickt zehn Arbeitslose zu Dogmoch (wir können nicht nachweisen, daß sie von Dogmoch angefordert wurden) zu sogenannten Trainingsmaßnahmen. Die Kollegen sollten ein halbes Jahr dort arbeiten, um angeblich besser vermittelbar zu sein. Die Kollegen erhalten nur ihr Arbeitslosengeld. Die Firma Dogmoch zahlt keinen Pfennig. Im Lager verrichten sie die gleiche Arbeit wie die anderen Kollegen. Da im Lager kaum Anlernzeiten notwendig sind, können die Arbeitslosen sofort mit in die Personalplanung einbezogen werden, also kann Personal abgebaut werden.

Umverteilung von unten nach oben kann man das auch nennen. Die Arbeitslosen werden aus der Arbeitslosenversicherung finanziert. Der Kapitalist beutet deren Arbeitskraft aus, ohne auch nur einen mühen Pfennig zu zahlen. Über ein halbes Jahr gerechnet wäre das Geschenk von mehr als 100000 DM an den Unternehmer, von uns finanziert.

Der zweite Aspekt bei der Sache: Zehn Arbeitslose wurden zu Dogmoch geschickt. Von vornherein war aber klar, daß nur fünf für die „Trainingsmaßnahme“ vorgesehen waren. Man rechnete damit, daß fünf ausscheiden (das wurde dem BR bestätigt).

Jetzt ist es so, daß derjenige, der sich der Maßnahme entzieht, das Arbeitslosengeld für zwei Monate gesperrt bekommt. Also war dem Arbeitsamt von vornherein klar, daß fünf Arbeitslose aus der Zahlung herausfallen. Eine widerliche Methode.

Der BR hat gegen die Firma Dogmoch geklagt, um feststellen zu lassen, daß der BR bei solchen Maßnahmen ein Mitbestimmungsrecht hat. Also behandelt werden muß wie eine Zustimmung des BR nicht vorgenommen werden kann. Die Klage war mit einem Antrag auf eine einstweilige Verfügung verbunden. Inzwischen hat die Verhandlung stattgefunden. Das Gericht gab dem Betriebsrat recht. Die Maßnahme muß abgebrochen werden. Natürlich hat der BR vorher mit den Arbeitslosen diskutiert, um eine Spaltung zu verhindern.

Das Urteil dürfte einige Bedeutung haben, da solche „Trainingsmaßnahmen“ immer größeren Umfang annehmen (Horten, Massa usw.). Bisher hat, soweit dem BR bekannt ist, noch kein anderer BR geklagt.

Die Belegschaft war am 19. Dezember durch das „BR-Info Nr. 6“ nochmals informiert worden. Da hieß es, unter der Überschrift „Zur Arbeitsplatzsituation“:

„Hier und heute sind keine Arbeitsplätze gefährdet“. Das war am Mittwoch. Am Donnerstag sah das schon anders aus.

Im Lager sind zwei Aushilfsarbeiter beschäftigt (bis 31.12.) denen in Aussicht gestellt wurde, fest übernommen zu werden. Am Donnerstag wurde ihnen mitgeteilt, daß ihr Vertrag endgültig am 31.12. ausläuft.

Natürlich, könnte man sagen, sie waren ja nicht fest eingestellt, also sind das keine Entlassungen. Wie steht es dann aber mit der Aussage der Geschäftsführung, daß die Arbeitslosen, die hier „Trainingsmaßnahmen“ absolvieren, nicht in die Personalplanung fallen? Man könnte vermuten, daß die beiden Kollegen übernommen worden wären, wenn die Arbeitslosen nicht im Betrieb wären. Der Betriebsrat bleibt weiterhin bei seiner Behauptung, daß die Arbeitslosen Teil der Personalplanung sind.

Es ist so, daß die Firma Dogmoch für die Arbeit dieser Arbeitslosen keinen Pfennig zahlt. Und die machen die gleiche Arbeit wie jeder andere im Lager auch. Da die Lagerarbeiten keiner großen Einarbeitungszeit bedürfen, kann auf diese Art und Weise leicht Personalplanung betrieben werden. Der geringste Effekt dieser Maßnahme wäre doch, daß benötigte Arbeitskräfte nicht eingestellt werden. Zu vermuten ist aber, daß ausscheidende Mitarbeiter nicht ersetzt werden, also der Personalbestand verringert wird. (Der Personalbestand hat sich allein in diesem Jahr um elf Mitarbeiter verringert). Das wären nach unserer Meinung die Auswirkungen der „Trainingsmaßnahmen“: Nämlich, neue Arbeitslose würden geschaffen und müßten dann evtl. einmal für nichts arbeiten.

Wir haben beim Arbeitsgericht Klage eingereicht, um feststellen zu lassen, ob der Betriebsrat bei solchen Maßnahmen ein Mitbestimmungsrecht hat. Nach unserer Auffassung hat er das, denn es handelt sich um Einstellungen, egal ob vom Arbeitsamt geschickt oder vom der Firma angefordert. Bisher wurde solch eine Klage noch nicht geführt. Um so wichtiger ist es, was wir tun, um in Zukunft entgegenwirken zu können, daß auf diese Weise Arbeitsplätze vernichtet werden. Gegen eine Maßnahme etwas dagegen, wenn Arbeitslose tatsächlich die Möglichkeit hätten, an Maßnahmen teilzunehmen, um ihre Fähigkeiten, die ihr Beruf erfordert, erhalten zu können, bzw. dem neuesten Stand der Entwicklung anzupassen. Aber welche Fähigkeit erwirbt jemand, der tagaus, tagein Gummwürfel zählt?

Nicht fair?

Es sei vom BR nicht fair gewesen, daß er Gedanken der Geschäftsführung veröffentlicht, die diese auf einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses mitteilte. Es seien nur Gedanken und keine Planung gewesen. Für uns beginnt eine Planung, wenn man sich Gedanken macht. Und da diese Gedanken zur näheren Planung reifen können und zudem für die Belegschaft von äußerster Gefährlichkeit sind, zudem noch im Sinne der Geschäftsführung sehr naheliegend sind, war es unsere Pflicht, diese Gedanken der Belegschaft mitzuteilen und nicht erst tätig zu werden, wenn die ersten Maßnahmen durchgeführt werden. Um nicht erst zu reagieren, wenn es schon zu spät ist. Wir meinen, daß es nicht fair ist, die

Belegschaft uninformatiert zu lassen. Denn es geht um nichts Geringeres als um unsere Arbeitsplätze und somit um eine Entscheidung, wie sich das weitere Leben eines jeden entwickeln wird.

Entkräften konnte die Ge-

schäftsführung die Befürchtungen nicht. Und wir befürchten, daß dadurch, daß Ware verstärkt direkt verteilt wird, also erst gar nicht mehr über das Lager Ludwigshafen läuft, Personal „überflüssig“ wird. Herr Wienen hat diese Absicht auf der



Nordarm-Belegschaft:

Die erste Hürde erfolgreich genommen — der Kampf wird weitergehen!

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Der mutige und beharrliche Kampf der türkischen Nordarm-Kollegen und Kollegen hat einen ersten wichtigen Erfolg erzielt. Solidarische Unterstützung — über 500 demonstrierten — 7.1. mit ihnen für die Auszahlung des ausstehenden Lohnes, Rücknahme der Kündigungen und bessere Arbeitsbedingungen, mehrere tausend Mark und andere materielle Spenden halfen ihnen —, ein breiter öffentlicher Protest und die juristische Unterstützung durch ein Anwaltsbüro und gewerkschaftlicher Rechtsschutz ermöglichten ihnen, einen Vergleich vor dem Arbeitsgericht zu erkämpfen, der einen wichtigen Teil ihrer Forderungen erfüllt.

Am 6.12. traten die Kollegen in den Streik um ihren seit Oktober nicht mehr ausbezahlten Lohn. Doch statt Geld bekamen sie die Kündigung zum 16.12. von der Firma L'arche (Film-Im- und Export), die sie, ohne im Besitz einer Genehmigung für einen Produktionsbetrieb zu sein, zum Darmsortieren eingestellt hatte. Einige der Kollegen waren nicht einmal versichert, obwohl ihnen die Beiträge von ihren monatlichen 1000,- DM brutto Lohn abgezogen worden waren.

Der Nutznießer dieses Gangsterstücks, ihr Boß Politis, ließ nordarm unter seinem Namen ins Handelsregister eintragen. Bislang war Nordarm nur der inoffizielle Name — am Türschild.

Anderthalb Monate beharrlichen Streiks und Öffentlichkeitsarbeit der Kollegen durchkreuzten jetzt die Absichten dieses sauberen Herren.

Folgendem Vergleich mußte er zustimmen:

1. Die Kollegen werden bis zum 16.12. (einschließlich der Streikzeit) bezahlt, ordnungsgemäß von L'arche abgerechnet und versichert.

2. Alle werden ab 1.2.84 von der Firma Nordarm eingestellt mit vollem Kündigungsschutz (nicht erst nach sechs Monaten).

3. Sie erhalten drei Monate Beschäftigungsgarantie — d.h. keine Tricks mit Kündigung wegen „schlechter Geschäftslage“.

4. Politis muß für die vorgeschriebenen Bedingungen sorgen, daß Männer und Frauen dort arbeiten können — zunächst wollte er die „Damen“ abschieben.

5. Die Kollegen können nicht zu Überstunden gezwungen werden, die im übrigen abgerechnet und bezahlt werden müssen (eigentlich normal, oder?).

6. Alle Kollegen erhalten 65,- DM monatlich mehr.

Als Preis für die Erfüllung dieser Bedingungen verzichten die Kollegen auf Aufrechterhaltung der Kündigungsschutzklagen und des Anspruchs auf durchgehende Bezahlung. Es ist für sie mehr als nur der Verzicht auf anderthalb Monate Lebensunterhalt.

Der Preis ist, wiederanzufangen bei einem Mann wie Politis, der selbst vor Gericht

Betriebsversammlung bestätigt. Er sprach dabei zwar von einem Zusatzgeschäft, das so abgewickelt werden soll, aber aus welchem Grund sollte nur das „Zusatzgeschäft“ so abgewickelt werden? Wäre doch auch unlogisch, wenn ein Unternehmer die Möglichkeit, Personal „einzusparen“ nicht nutzen würde. Über die Richtigkeit ist damit nichts ausgesagt. Für den Unternehmer mag das richtig sein, für die Belegschaft aber ganz bestimmt nicht. Im übrigen wurden auf der Betriebsversammlung alle Möglichkeiten offen gelassen bis hin zu der Aussage, daß wenn die geplanten Umsätze nicht erreicht werden, Entlassungen vorgenommen werden müssen.

Aus all diesen Gründen muß der BR aktiv werden und muß die Belegschaft informieren. Wir halten das Informationsbedürfnis der Belegschaft für vorrangig vor dem Geheimhaltungsbedürfnis der Geschäftsführung, zumindest, wenn es um solche Dinge geht. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die der Betriebsrat nicht preisgeben darf, sind etwas anderes. Daß solche Informationen die Gemüter der Belegschaft bewegen, kann nicht ausgeschlossen werden. Wir sehen darin aber keinen Grund, wichtige Informationen für die Belegschaft zu verheimlichen. Dann dürfte der BR wohl in den wenigsten Fällen informieren. Dann hätten wir wohl auch nicht darüber informieren dürfen, daß die GF kein freiwilliges Weihnachtsgeld zahlt. Das hat den Betriebsfrieden auch empfindlich gestört.

Dies wurde uns nämlich vorgeworfen, nachdem wir die Belegschaft über die Planung informiert hatten. „Störung des Betriebsfriedens“ und „Verstoß gegen die vertrauensvolle Zusammenarbeit“ zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat. Wir haben der GF daraufhin sehr ausführlich geantwortet.

Im übrigen, auf der Betriebsversammlung im Mai 1982 wurde von der Geschäftsführung mit fast denselben Worten behauptet, daß hier und heute, oder heute und morgen keine Arbeitsplätze gefährdet seien. 14 Tage später flatterten uns 15 Kündigungen auf den Tisch. Um vorbeugend tätig zu werden, wird der BR auf jeden Fall einen Sozialplan erstellen. Wir sehen den Sozialplan als eine letzte Hilfe für die Betroffenen und nicht als Ersatz für den Arbeitsplatz.

noch zur Schau stellte, wie rücksichtslos er seine Interessen durchzusetzen gedenkt.

Er kämpfte, vertreten durch drei Anwälte der Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel, um seine „weiße Weste“. Für die Firma L'arche Konkurs anzumelden, damit die Kollegen wenigstens Konkursausfallgeld vom Arbeitsamt erhielten (an sich schon eine abgebrühte Lösung) lehnte er ab, er wollte eine „saubere Lösung“ — für sich.

Dagegen drohte er ständig mit dem Konkurs der Firma Nordarm. Nicht nur wegen der „ruinösen“ Mindestlöhne von nur 1065 DM (brutto), sondern insbesondere wegen des schlechten Rufs, in den diese so seriöse Firma wegen der öffentlichen „Hetzkampagne“ geraten sei. Allen Entsetzten verlangte er vom Richter und den Rechtsanwälten der Kollegen eine Ehrenklärung, zur Unterstützung in seinem Rechtsstreit gegen die „Bild“-Zeitung (!), die von Hungerlöhnen zu schreiben wußte. Vielleicht sollte er sich mal an Günther Wallraff wenden!

Bei dem Mann wieder anzufangen, für einen — nach wie vor Hungerlohn von 1065,- DM — das war für einige Kollegen ein gemischtes Gefühl. Menschliche Arbeitsbedingungen und gerechter Lohn — das war der dritte und nicht unwesentliche Teil ihrer Forderungen. Immerhin haben sich mittlerweile das Amt für Arbeitsschutz und das Gewerbeamt um den Betrieb gekümmert.

Wenn das nach den allgemeinen Erfahrungen wenig genug ist — Betrieb ist das schon ein großer Schritt vorwärts.

Der existenzielle Druck — Hilfe, selbst bei Sozialhilfe Schwierigkeiten — das schafft Zwänge. Die Entrechtung und besondere Unterdrückung der ausländischen Kollegen, hier liegt der Schlüssel für die brutalen Ausbeutungsmethoden eines Politis.

Und doch ist es ein erster Erfolg. Sie haben es geschafft, das Manöver des sauberen Herrn Politis — der im übrigen von Justiz und Senat unbelehrt blieb — zu durchkreuzen. Lohnbetrug, Rausschmiß, alte Firma auflösen — und dann neue Firma, neue Leute einstellen, das gleiche von vorn — so läuft's hier nicht mehr.

Nicht nur, daß die Kollegen wieder eingestellt sind, sie haben wieder Grund unter den Füßen. Viele bekommen es heute zu spüren: als Arbeitsloser auf der Straße kannst du kaum Druck machen, kämpfen kannst du wirksam, wenn du im Betrieb bist. Die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes bleibt, es bleibt die gewerkschaftliche Organisation (und damit der Auftrag an die Gewerkschaft, die NGG, sich aktiv hier einzuschalten). Der saubere Herr Politis wird neue Worte lernen müssen wie Betriebsrat, Tarifrecht oder Tariflohn.

Das Fundament ist gelegt, wir werden (hoffentlich) weiter berichten können.

35er Spende!

Aber ja: Spenden für die 35-Stunden-Woche, bzw. den Kampf darum. Daß die Partei hier viel vor hat, weiß jeder, der den Roten Morgen schon mal gelesen hat, daß dies bereits begonnen hat, ebenfalls. Doch daß das auch besonders Geld kostet, überlegt man nicht so ohne weiteres. Deshalb dieser Anstoß! Es ist nicht nur, daß die KPD zu diesem so wichtigen Kampf besonders viel machen will und macht, es ist auch so, daß sie dazu durchaus Eigenes zu sagen hat, was wichtig ist, daß es unter „die Leute“ kommt, seien es Flugblätter, Plakate, Veranstaltungen oder besondere Aktionen. Für diese Sache brauchen wir auch deine Spende unter dem Stichwort „35“ auf Konto-Nummer: 6420-467, (Bankleitzahl 440 100 46), Postscheckamt Dortmund, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

ANKÜNDIGUNG Arbeitslosentreffen für Parteigenossen

Zwei Konferenzen über die Arbeit unter Arbeitslosen, den Kampf gegen Arbeitslosigkeit finden demnächst statt. Dazu sind nicht nur alle arbeitslosen Parteigenossen eingeladen, sondern auch solche, die sich mit dem Problem direkt konfrontiert sehen.

Termine:

a) Für den Bereich Nordrhein-Westfalen am 5. Februar 1984 um 11 Uhr im zentralen Büro der KPD, Dortmund, Wellinghofer Straße 103.

b) Für den Bereich Norddeutschland am 11. Februar 1984 um 11 Uhr in den Räumen der Thälmann-Buchhandlung in Hamburg 6, Margarethenstraße 58.

Fragen, die behandelt werden:

1. Die Arbeitsbeschaffungsprogramm-Vorschläge von DGB und SPD, die CDU-Papiere „gegen Arbeitslosigkeit“
2. Aktuelle Fragen der praktischen Arbeit
3. Die Arbeitslosenzeitung der KPD
4. Sonstiges

Zur Arbeitslosenzeitung:

Es wird demnächst eine Sonderausgabe der Arbeitslosenzeitung mit dem Thema „35-Stunden-Woche“ herausgegeben. Die Parteiorganisationen werden hiermit aufgerufen, die gewünschte Auflage zu bestellen (im zentralen Büro)!

Zweite Ausgabe von „INFO 35“ erschienen

So nicht! Betriebliche Modelle der Arbeitszeitverkürzung

Mit dieser Schlagzeile erschien am 13. Januar die zweite Ausgabe des 14tägig herausgegebenen „INFO 35“. Ein Informationsdienst, den Gewerkschafter verschiedener politischer Richtungen gemeinsam herausgeben, um Anregungen und zusätzliche Informationen über diesen Kampf und seinen Verlauf zu verbreiten. (Zu bestellen bei Thomas Kuchinke, Postfach 591, 6050 Offenbach 4). Wir geben im folgenden den Titelseitenartikel der zweiten Ausgabe wieder, der sich mit speziellen Fällen der Arbeitszeitverkürzung durch die Unternehmen selbst befaßt... Außerdem enthält diese zweite Ausgabe zahlreiche Meldungen über die Organisation der Arbeit in verschiedenen Städten.

Bereits Sommer letzten Jahres wurde bei zwei Dosenherstellern im Ruhrgebiet die Wochenarbeitszeit per Betriebsvereinbarung reduziert: Bei Nacanco in Gelsenkirchen auf 36 Stunden und bei Gerro Kaiser in Recklinghausen auf 38 Stunden bei „vollem“ Lohnausgleich. Wie kommen die Unternehmer dazu, freiwillig, ohne Arbeitskampf, solche Zugeständnisse zu machen? Ganz einfach: es wurde Schichtarbeit eingeführt, und vom zusätzlichen Profit wurden den Beschäftigten ein paar Krümel in Form von Arbeitszeitverkürzung abgegeben. So erklärte der Manager der zu einem amerikanischen Konzern gehörenden Firma Nacanco: „Die Arbeitszufriedenheit ist spürbar gestiegen“, und „weil die Leute jetzt ausgeruht zur Arbeit kommen und besser mit ihrer Arbeit umgehen“, ist der Krankenstand gesunken und die Produktion gestiegen.

Diese Erfahrungen scheinen sich herumzusprechen. Bei Nixdorf Computer und bei der Bosch Fernseh GmbH in Darmstadt wurde jetzt die Wochenarbeitszeit auf 36 bzw. 32 Stunden gekürzt. Auch hier wurde die Einführung von Schichtarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit computergestütztem Konstruieren (CAD), mit Arbeitszeitverkürzung erkaufte.

Wesentlich plumper geht da der Siemens-Konzern, größter privater Arbeitgeber der BRD, vor. Da man „einen Beitrag zur

Aus ÖTV:

Sozial- und Gesundheitsreport 5/83

Tagesablauf auf einer internistischen Station

Besetzung der Station: Stationschwester (oder stellv.) 2 Examinierte Schwestern — 1 Krankenpflegehelfer — 2-3 Schüler

6.00 Uhr:

Dienstanfang, Dienstübergabe der Nachtschwester an den Frühdienst.

6.20 Uhr:

Betten evtl. neu beziehen und frisch machen. Einige Patienten ganz waschen (pro Patient 20-30 Minuten) und anderen am Waschbecken helfen. (Pro Patient ca. 10 Minuten). Urinflaschen und Steckbecken leeren und säubern. Zwischendurch zur Klingel gehen und Patientenwünsche erfüllen. Blutabnahmen für Laboruntersuchungen. 1-2 Pflegekräfte sind ca. 1 Stunde beschäftigt.

8.00 Uhr:

Patienten wiegen, Infusionen und Spritzen für die Ärzte richten. Wäschesäcke leeren, Waschschüsseln in Desinfektionslösung einweichen. Medikamente vor dem Frühstück kontrollieren und verteilen. Diabetikern Insulin spritzen (evtl. vorher BZ Stix).
Frühstückscontainer holen, einige Patienten ankleiden und zum Tisch bringen. Frühstück verteilen, herrichten, füttern. Zwischendurch immer wieder zur Klingel gehen. Vorbereitungen für die Untersuchungen beginnen (Gastroskopie usw.). Spritzen die i. m oder s. c gegeben werden, verabreichen. Patienten wieder ins Bett bringen. Frühstückstabletts und Medikamentenschälchen wieder einsammeln und dabei Nachttisch und Tische säubern. Patienten im Bett wieder bequem lagern. Frühstückscontainer, Müll und Schmutzwäschecontainer entsorgen.

9.30 Uhr - 10.00 Uhr:

Unbezahlte Pause.
Personalfrühstück, dabei immer wieder Telefonate beantworten, zur Klingel gehen, Patienten zu Untersuchungen bringen und wieder abholen.

10.00 Uhr:

Spülräume reinigen und aufräumen (1/2 Std.) und Desinfektionsmaßnahmen durchführen. Getränke an Patienten verteilen. (1/2 Std.)
Beginn der Verordnungen, möglichst 2 Pflegekräfte. RR messen, Venenpflege, Decubitus und Pneumonieprophylaxen und -behandlung, z.B. Inhalationen, Brustwickel, Einreibungen usw., Verbandswechsel wie auch Pflege der zentralen Venenkatheter. Klingel! Verlaufsbogen weiterführen, Entlassungen verabschieden (dazu gehört Bett wechseln, evtl. Nachttisch säubern, Schrank säubern, Entlassungspapiere ordnen). Erneute Vorbereitung für Untersuchungen am nächsten Tag, z.B. Einläufe. Gelegentlich zur Versorgung gehen, um Container einzuschleppen, anzunehmen oder evtl. aufzuräumen (Wäschecontainer). Zwischenzeitlich löst einer der ersten Visitingänger ab, der dann gleich mit der Ausarbeitung der vorderen Zimmer beginnt. Um ca. 11.00 Uhr sieht eine Pflegekraft die Mittagsmedizin durch, stellt die Tropfen und verteilt die Medikamente anschließend.

zirka 11.30 Uhr:

Mittagscontainer holen, evtl. Patienten ankleiden, an den Tisch setzen, im Bett hochsetzen. Mittag verteilen, zerkleinern, füttern. Klingel! Nach dem Austeilen sortiert einer die Mittagskarten und schreibt die Essensstatistik für den folgenden Tag; ein anderer bereitet die Thermometer vor.

zirka 12.00 Uhr:

Tabletts sowie Medikamentenschälchen einsammeln, evtl. Patienten auskleiden, zur Toilette begleiten, ins Bett bringen; Thermometer verteilen. Zwei Pflegekräfte betten die Schwerkranken (ca. 1/2 Std.). Medizinschälchen abwaschen, Spülen säubern, Thermometer einsammeln, Pulsen. Klingel!
Bei einigen Patienten nochmals RR kontrollieren, auf laufende Infusionen achten und neu stellen.

zirka 13.30 Uhr:

Dienstübergabe der Frühschicht an den Spätdienst im Personalraum. Zwei Pflegekräfte vom Frühdienst verbleiben auf der Station um die Puls- und Temperaturwerte in die Kurven einzutragen; im übrigen werden jetzt je nach Tag Anforderungen geschrieben für Apotheke, Zentrallager, Küche, Wäscheausgabe. Ankommendes Material, wie z.B. Wäsche, Verbandsmaterial usw. wird sortiert und eingeordnet. Untersuchungsanforderungen für den nächsten Tag schreiben und evtl. dem Arzt vorlegen.

14.30 Uhr:

Dienstschluß.
Im übrigen muß man im Laufe des vormittags immer wieder mit Sterbenden rechnen, für die dann viel Zeit aufgewendet wird. Außerdem wird immer mal eine Schwester zur Assistenz bei Untersuchungen benötigt, z.B. Pleurapunktion, Subclaviapunktion usw.

— Die vorliegende Schilderung wurde kollektiv von einer Station im ZKH Bremen-Ost erarbeitet.

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

Für die 35-Stunden-Woche in Krankenhäusern

Schon heute ist die Situation im Pflegebereich katastrophal. Man überlege sich nur einmal: Die derzeit gültigen Zahlen für die Personalbedarfsermittlung im Krankenpflegebereich von der DKG (Deutsche Krankenhausgesellschaft) sind von 1969! Damals war die durchschnittliche Verweildauer der stationären Patienten wesentlich länger, es gab noch nicht so viele komplizierte Untersuchungen und große Operationen, deren Vorbereitung sehr viel Zeit des Pflegepersonals in Anspruch nimmt.

Der Stationsbetrieb ist größtenteils nur mit unqualifiziertem und völlig überforderten Hilfspersonal, z.B. Schüler, ZDLer, Praktikanten oder Leuten, die für 240 DM im Monat ein sogenanntes freiwilliges soziales Jahr absolvieren, aufrecht zu erhalten.

Die Herren aus Politik und Krankenkassen, die für die Gesundheitspolitik verantwortlich sind, reden nur von der Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Um zu sparen, werden für horrenden Summen (in Bremen z.B. 1,5 Mio. DM) sogenannte Wirtschaftlichkeitsprüfer herbeigeht. So auch im letzten Herbst im Karlsruher Klinikum. Da gingen schicke Herren über die Stationen, durch die OPs, Waschküchen und Ambulanzen, redeten nicht viel, sondern machten sich Notizen. Seit fast einem Viertel Jahr haben sie sich zurückgezogen und werden mit Sicherheit an ihren Schreibtischen ausknobeln, daß man im Klinikum einige Stellen streichen kann. Man hat ja schließlich Erfahrungen mit diesen Typen.

In Bremen sind laut diesen Schreibtischtätern 1100 von 7000 Stellen „überflüssig“. Wir

sind sicherlich nicht gegen Sparen im Gesundheitsbereich, aber das gehört in anderen Bereichen angesetzt, wie etwa bei den unverschämten Preisen der Arzneimittelkonzerne bis hin zu den luxuriösen Chefarztgehältern. Die ÖTV-Betriebsgruppe hat sich schon gerüstet, um bei dem bald zu erwartenden Ergebnis der „Wirtschaftlichkeitsüberprüfung“ gleich aktiv zu werden, denn es darf zu keiner einzigen Stellenstreichung kommen.

Gerade deswegen ist es wichtig, auch im Klinikum die Diskussion über die 35-Stunden-Woche in Gang zu kriegen. Viele — vor allem ältere Kolleg(innen) sind noch skeptisch.

Sie meinen, die Arbeit nicht mit fünf Stunden weniger schaffen zu können. Früher, als sie noch 48 Stunden gearbeitet hatten, wären sie weniger gestreßt und kaputt als heute gewesen.

Deshalb ist es bei uns besonders wichtig bei der Diskussion um die 35-Stunden-Woche neben dem vollen Lohnaus-

gleich vor allem auch über den vollen Personalausgleich zu sprechen.

Mit der Verwirklichung der 35-Stunden-Woche könnte endlich die 5-Tage-Woche bei uns im Pflegebereich eingeführt werden, (derzeit schaffen wir sechs Tage zu je sieben Stunden, haben also im Monat praktisch nur vier arbeitsfreie Tage).

Es müssen auch neue Planstellen geschaffen werden, so daß auch alle Schüler/innen in der Krankenpflege übernommen werden müssen.

Die ÖTV-Betriebsgruppe führt derzeit eine Befragung aller Kollegen durch, ähnlich wie die IGM, um mit den Kolleginnen und Kollegen besser ins Gespräch zu kommen und ein Meinungsbild zu erhalten.

Mitte Februar wird dann eine Mitgliederversammlung stattfinden. Bis dahin werden wir hoffentlich mehr für die 35-Stunden-Woche überzeugt haben. Etwas trägt sicher auch der „Staphylococcus“, die Betriebszeitung der KPD, dazu bei.

Aus: „Staphylococcus“ Betriebszeitung der KPD am Karlsruher Klinikum

Die 35-Stunden-Woche ist auch am Klinikum dringend notwendig

Für die Beschäftigten im Pflegebereich wäre mit der 35-Stunden-Woche erreicht, daß durch die 5-Tage-Woche bei einem 7-Stunden-Tag endlich zwei Tage in der Woche frei wären. Da jetzt schon im Pflegebereich nach dem Stellenplan von 1969(!) viel zu wenig Pflegepersonal angestellt ist, müßte bei Einführung der 35-Stunden-Woche die Zahl der Planstellen mindestens um ein Achtel steigen.

Das heißt konkret am Klinikum: Bei derzeit 1040 Beschäftigten im Pflegebereich müßten mindestens 130 neue Planstellen geschaffen werden.

Die Einführung der 35-Stunden-Woche bedeutet auch: Alle Auszubildenden an der Krankenpflegeschule, deren Übernahme nach Beendigung der Ausbildung derzeit noch nicht sicher ist, müßten übernommen werden.

Bemerkungen

Vorausgeschickt seien einige Bemerkungen. Zum einen ist es nicht möglich, wie das eigentlich unsere Gepflogenheit geworden ist, den Bericht — oder längere Passagen davon — abzudrucken, um ihn dann zu kommentieren. Einfach, weil es zuviel ist, und die Auswahl immer etwas willkürlich wäre. Dementsprechend beschäftigen wir uns auch im folgenden nicht mit allen Fragen, mit denen es sich lohnen würde, sondern nur mit den zentralen Ausführungen von Mies. Der Bericht, eingeteilt in fünf Abschnitte (Friedenskampf, Wirtschaftskrise, Demokratie, Bündnispolitik und Parteientwicklung) macht einige Schwierigkeiten darüber zu schreiben, denn ein Bericht ist er nicht. Genauere Analysen und Bilanzen werden weitgehend nicht gemacht, über die Tätigkeit des Parteivorstandes der DKP sind lediglich zwei minimale Passagen enthalten.

Im wesentlichen stellt der Bericht an den Parteitag die Zusammenfassung der zentralen politischen Thesen des Parteivorstandes zur aktuellen Lage dar. Mit drei davon wollen wir uns etwas ausführlicher befassen, den Problemen des Kampfes um die Erhaltung des Friedens, des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und damit verbunden gewerkschaftstaktischer Fragen und schließlich zu den wichtigsten Punkten des Abschnittes „Demokratie“. Die Fragen der Bündnispolitik haben wir deshalb herausgelassen, weil wir meinen, daß dies ein breites Feld für sich ist, das aber, obwohl es oft genug im Mittelpunkt der Kritik an der DKP steht (und meistens zu Recht), nicht die wirklich grundsätzlichen Fragen berührt, sondern sie lediglich widerspiegelt. Was die Entwicklung der DKP betrifft, den letzten Abschnitt, so sei es den Mitgliedern dieser Partei überlassen, zu beurteilen, ob diese wirklich so einmalig glänzend war, wie von Herbert Mies dargestellt.

Imperialismus und Kriegsgefahr

In diesem, dem ersten und ausführlichsten, Abschnitt des Rechenschaftsberichts werden, neben einigen kleineren Fragen, vor allem behandelt: Entwicklung und Bedeutung der Friedensbewegung, das Verhältnis USA/BRD, die Rolle der Sowjetunion und die Perspektiven dieses Kampfes.

Dazu sollleitend gesagt sein, daß man die Aussagen in einem Bericht an den Parteitag ernst nehmen muß und das heißt auch wörtlich. Die üblichen Ausflüchte der DKP, wenn sie von links kritisiert wird, daß sie alles nur taktisch bestimmt, man könne dies und jenes, was man auch meine, heute nicht sagen, diese Ausflüchte zählen da nicht. Denn es handelt sich ja nicht um eine Rede zur Überzeugung von Menschen von der Politik der DKP, sondern um die Festlegung und Herausarbeitung von Aufgaben der Partei durch ihren Vorstand — so sagt es auch Herbert Mies. Also muß man ihn beim Wort nehmen.

Die Ursache für die wachsende Kriegsgefahr besteht nach Herbert Mies ausschließlich in der Politik der USA.

„Mit ihrem Ja zur Stationierung der Pershing II und Cruise

Zum Rechenschaftsbericht von Herbert Mies auf dem 7. Parteitag der DKP

(Teil 1)

Falsche Perspektiven für den Friedenskampf

Auf dem 7. Parteitag der DKP, der vom 6.—8. Januar 1984 in Nürnberg stattfand, hielt der Vorsitzende Mies den Rechenschaftsbericht über den Zeitraum seit dem letzten DKP-Parteitag 1981. Ein Rechenschaftsbericht, der in den entsprechenden Teilen nahezu wört-

lich in das von diesem Parteitag verabschiedete „Aktionsprogramm 84 der DKP für Frieden und Arbeit“ einging, ein Dokument von besonderer Wichtigkeit für die DKP also, um so mehr ein Grund, sich damit zu befassen.

Missiles in der Bundesrepublik haben sich die regierenden Parteien über den Willen des Volkes und seiner Friedensbewegung hinweggesetzt. (...) Sie haben sich den aggressiven Kräften der USA und der NATO gebeugt.“ (Alle Zitate nach UZ vom 7. Januar 84, Seiten 5—15).

„Die Raketenstationierung verletzt das Friedensgebot des Grundgesetzes.“

„Aber selbst das herrschende Großkapital, die kleinen und mittleren Unternehmer können letztendlich nichts gewinnen, wenn die von den USA betriebene Militarisierung des Wirtschaftslebens und der internationalen Beziehungen weiter verschärft wird. Schon heute bringen die USA-Hochzinspolitik und der Kurs auf Wirtschaftskrieg unserem auf Außenhandel so angewiesenen Land nur Schaden und ein atomares Inferno würde auch vor den Villen der Familien des großen Kapitals keinen Halt machen.“

Drei Zitate aus dem Bericht, keineswegs aus dem Zusammenhang gerissen, sondern die grundlegende Argumentationslinie widerspiegelnd und zusammenfassend.

Nun entspricht es sicherlich der Wirklichkeit, wenn die Interessen, Absichten und Maßnahmen des USA-Imperialismus als ein ganz entscheidender Faktor der verstärkten allseitigen Aufrüstung und verschärften, auch militärischen, Konfrontation dargestellt werden.

Aber es so hinzudrehen, als habe die herrschende Klasse Westdeutschlands und ihre Regierung sich dem Druck der USA gebeugt, ja sogar gegen die eigenen Interessen verstoßen und dabei noch ihre eigene Verfassung verletzt: Nein, das hat mit der Wirklichkeit wirklich nichts mehr zu tun. So wird die Frage, wer ein Interesse an einem neuen Krieg hat, wer die Vorbereitungen dafür trifft, verwischt, wird die Klassenfrage, die für einen Marxisten (und an diesem Anspruch will ja die DKP stets gemessen werden), stets eine ganz entscheidende Frage ist, unter den Teppich gekehrt, zugunsten apokalyptischer Visionen im Stile der katholischen Kirche.

Tatsache ist: Es hat nicht nur keinen Widerstand gegen diese Rüstungspolitik aus den Kreisen des Großkapitals gegeben, sondern diese Schritte wurden konsequent und massiv verfochten. Tatsache ist: Die politischen Ziele der westdeutschen Großkapitalisten sind imperialistisch und revanchistisch, sie widersprechen den neuen NATO-Konzepten nicht, sondern sind darin vertreten.

Es widerspricht einer konkreten und sachlichen marxistischen Betrachtung, die Gefährdung des Friedens ausschließlich auf neue Waffen zu beschränken und keinen Blick auf die politischen Bedingungen zu richten, unter denen auferüstet wird. Aber eine solche Betrachtung verbietet sich für den Parteivorstand der DKP offensicht-

lich, denn da wären die eigenen Feststellungen schnell als Anbiederung an die eigene herrschende Klasse zu durchschau-

Diese Aufrüstung, diese Konfrontation ist Ergebnis einer Politik, die sich in allen Bereichen deutlich zeigt. Die Beteiligung der westdeutschen Imperialisten an diesen Maßnahmen ist ebenfalls Ergebnis der insgesamt betriebenen Politik, die aggressiv ist und imperialistisch.

Ob Malvinas, Tschad oder Libanon, ob einst Vietnam oder welche kriegerischen Ereignisse auch immer: Stets war die herrschende Klasse der BRD nicht nur jubelnder Zuschauer, stets war sie, in unterschiedlichem Maß und auf verschiedene Weisen, an solchen Aggressionen beteiligt.

Über diesen Charakter des Großkapitals der BRD, über die konkret von dieser Klasse verfolgte Politik ließe noch endlos weiterschreiben und es wären alles Argumente gegen die These von Mies, daß es sich um eine

an ihre Villen denken würden, das mag wahrscheinlich nicht einmal Herbert Mies selbst glauben, der sich so viele Sorgen um sie macht. Nein, sie kalkulieren ganz einfach so, wie bisher noch immer Imperialisten in der Kriegsfrage überlegt haben: Sie gehen davon aus, daß sie auf der Siegerseite stehen, für Teilverluste haben sie ausreichend vorgesorgt. Denn auch ohne Atom-bombe: Daß die Nazi-Armee nicht stark genug war, die ganze Welt zu besiegen, hätte man „vernünftigerweise“ wie es dem Parteitag der DKP immer wieder gesagt wurde, auch wissen müssen, das Kalkül war aber ganz anders.

Und schließlich das erwähnte „Friedensgebot“ des Grundgesetzes: Da wird es manchmal schon peinlich, wofür dem DKP-Parteivorstand in seiner Argumentation diese bürgerliche Verfassung alles gut ist. Dieselbe Verfassung übrigens, die keineswegs gegen Bundeswehr oder NATO auszudeuteln ist. Wenn das eine Argumenta-

mus alle wesentlichen Bestandteile dieses Marxismus außer acht läßt, die Wirklichkeit nach den eigenen Wünschen hinzubiegen versucht und alles zu tun bereit ist, um Unangenehmes zu vermeiden.

Denn eine klare Bestimmung der politischen Interessen der westdeutschen Bourgeoisie würde sehr schnell dazu führen, zu sehen, daß sie eben keinesfalls ein potentieller Verbündeter im Kampf gegen neue Atomraketen ist, ein Verbündeter, den sozusagen nur die Unvernunft reitet, sondern, ganz im Gegenteil, wie es auch ihre Unterdrückungsmaßnahmen beweisen, der entscheidende Feind jeglicher wirklicher Friedensbewegung in diesem Land.

Und eine solche Feststellung wäre wohl „unangenehm“, denn sie bedeutet sowohl, daß man einen Feind sieht, gegen den man kämpfen muß, als auch die Aufgabe hat, andere, die für dasselbe Ziel eintreten wollen, darüber aufzuklären. Im Kampf gegen die Kriegsgefahr aber die



Der NATO-Austritt als eine Perspektive des Friedenskampfes: Von der DKP, trotz vorsichtiger Formulierungen, rundweg abgelehnt

Beugung, um eine Unterwerfung, die gegen die eigenen kapitalistischen Interessen gerichtet sei, handele. Die Stationierung neuer atomarer Raketen ist nicht entgegen dem Interesse des westdeutschen Großkapitals, sondern in seinem Sinn.

Natürlich muß man bei dieser Kritik unterscheiden zwischen dem, was die DKP heute tut und dem, wohin sie den Kampf programmatisch orientiert. Sicher ist es so, daß in der praktischen Tätigkeit oft genug DKP-Mitglieder die westdeutschen Kapitalisten, das Rüstungskapital (wenn auch hier oft genug mit falschen politischen Theorien) kritisiert — das ändert aber gar nichts daran, daß sie den Kampf falsch ausrichtet.

Was die angeführten Hilfsargumente für diese falsche und opportunistische Position betrifft: Daß die Kapitalisten nicht

tionslinie hin zu einem „legalen Generalstreik“ des DGB eröffnen soll (der das ja erklärmaßen nur bei Verfassungsbruch tun will) so ist das Argument wahrhaft ausgesprochen ungeschickt vorgetragen, denn es gibt genügend andere Passagen in dieser Verfassung, die das genaue Gegenteil von dem besagen, was Mies auszuführen geruht.

Gerade Herbert Mies, als treuer Paladin der DDR, die er stets als realsozialistisch zu bezeichnen pflegt, mußte ja im übrigen besondere Bauchschmerzen bekommen, wenn er sich auf das Grundgesetz beruft: Dort ist schließlich die Forderung verankert, die DDR zu beiseiten und sie der BRD anzugliedern...

All dies zeigt sehr deutlich, daß es die klassische Argumentation einer Strömung ist, die unter Berufung auf den Marxis-

klassenmäßige Bestimmung der verschiedensten politischen Interessen zu unterlassen und unter Leugnung der Realität aus einer solchen Klassenfrage eine Frage der „Vernunft aller Menschen“ zu machen (was immer das auch sei), das eben ist der klassische Revisionismus, und den betreibt der DKP-Parteivorstand hier in purster Reinheit. Ein solcher Verstoß, eine solche Revision des Marxismus aber ist keinesfalls ein nur theoretisches Problem oder eins der Zukunft, nein es ist praktisch und aktuell, denn es dreht sich darum, für welche Orientierung im Kampf für den Frieden man sich hier und heute einsetzt. Und die DKP, deren Parteitag diesem Bericht gefolgt ist, tritt dementsprechend für eine falsche Orientierung ein, die in der westdeutschen Kapitalistenklasse eben keinen Gegner im Friedenskampf sieht.

Einzige Orientierung: Sowjetunion

In der Tat ist im Bericht die einzige politische Aussage, die die DKP maßgeblich von anderen politischen Kräften wie verschiedenen christlichen Strömungen in der Friedensbewegung trennt, die Haltung zur UdSSR. Denn was die Frage der Ursachen und Bedingungen der Kriegsgefahr angeht, unterscheidet sie sich ja — was die westdeutschen Verhältnisse betrifft — in der Tat kaum von verschiedensten christlichen „Endzeit“-Strömungen.

Aber die Einschätzung der Rolle der Sowjetunion: Dies ist die herausragende, besondere politische Haltung der DKP, diese vertritt sie mit allem Nachdruck, da leistet sie auch das, was sie anderswo vermeidet, „Aufklärungsarbeit“.

Allerdings: Keineswegs eine wirkliche Aufklärung, sondern eine, die die Wirklichkeit und die Tatsachen beiseite läßt. Und das in jeder Beziehung. Oder was soll man von folgenden wagemutigen Einschätzungen halten wie:

„Noch niemals hat der Imperialismus in so kurzer Zeit so viele wichtige Machtpositionen eingebüßt wie in den 70er Jahren.“

„Heute existiert in Gestalt des realen Sozialismus eine Kraft, die gemeinsam mit anderen Friedenskräften den Imperialismus daran hindern kann, einen atomaren Weltkrieg auszulösen.“

„Von der wirtschaftlichen Leistungskraft und dem zwar schwierigen, aber unaufhaltsamen ökonomischen und sozialen Aufstieg in der Sowjetunion sprechen eindrucksvoll solche Zahlen wie sie auf der jüngsten Tagung des Zentralkomitees der KPdSU bekanntgegeben wurden: ...“

„Zu keinem Zeitpunkt darf sich in Washington die Vorstellung ausbreiten, man verfüge über die militärische Überlegenheit, sei also in der Lage, den realen Sozialismus mit Waffengewalt in die Knie zu zwingen und sich den Folgen eines vernichtenden Gegenschlags zu entziehen.“

Vieles ist dagegen an Fakten anzuführen. So ist die Aussage über die Niederlagen des Imperialismus ja keineswegs als beiläufig zu betrachten, sie soll vielmehr deutlich machen, daß es sich dabei sozusagen um einen Verzweiflungskampf auf der einen Seite handelt, während die andere, wie es aus den folgenden Passagen deutlich wird, in der Lage ist, diese zu besiegen, ihre Pläne zu vereiteln.

Nun soll hier keineswegs eine allzeit-historische Debatte eingeleitet werden, in der etwa nachzuweisen wäre, daß der Imperialismus selbstverständlich in den 40er Jahren wesentlich größere Niederlagen hinnehmen mußte als im letzten Jahrzehnt.

Sicherlich hat der Imperialismus in den 70er Jahren schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Der Verlust Indochinas, der portugiesischen Kolonien in Afrika, der Sturz des Schahs vom Iran und Somoza in Nicaragua — die Reihe ließe sich fortsetzen — waren solche Niederlagen. Aber an der Argumentation des DKP-Parteivorstandes gibt es zwei Anmerkungen zu machen: Zunächst stellt eine solche Aussage ein Abrücken von früher in der Praxis oft gemachten Behauptungen über die Stabilität des Imperialismus dar, wie ernstgemeint sei dahin-

gestellt. Zum zweiten aber versucht er es ja so darzustellen als hätten diese Niederlagen unmittelbar ihren Grund im Handeln der UdSSR — was ganz faktisch nicht stimmt. Im Gegenteil müßte man, wenn schon, die Frage aufwerfen, was die revisionistischen Parteien angereicht haben mit ihren falschen Thesen vom „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“, ihre hauptsächlich Zusammenarbeit mit kleinbürgerlichen Klassenkräften, angereicht haben in bezug auf rückwärts gewandte Prozesse, die in verschiedenen Ländern nach einer antiimperialistischen Revolution zu verzeichnen sind.

Was die wirtschaftliche Leistungskraft der UdSSR betrifft — von anderen Staaten des „realen Sozialismus“ spricht er nicht — so sind zwei Dinge kennzeichnend für die Vorgehensweise des Parteivorstands der DKP. Zum einen führt er Zahlen im Bericht an — vermeidet es aber, sie mit den Zahlen des Fünfjahrplans zu vergleichen, weil das deutlich würde, daß sie keine Planerfüllung bedeuten. Zum zweiten bezieht er sich auf die Dezembersitzung 83 des ZK der KPdSU, die eine Bilanz des „Jahres nach Brezhnev“ zieht und da Fortschritte benennt, die gegenüber der ausführlichen Kritik Andropows vom Ende 82 erzielt worden seien.

Eine unehrliche und schönfärberische Argumentation ist das, die wohl auch die Unsicherheiten vieler DKP-Mitglieder beruhigen soll, warum es denn nach all diesen Jahren in der UdSSR noch nicht besser aussieht, warum der Kommunismus, den die KPdSU 1961 versprochen hatte, bis in unsere Zeit bereits eingeführt zu haben, nirgends zu sehen ist (und vielleicht auch: Warum diese Partei nie den Mut aufbrachte, wenigstens hierzu so etwas wie eine Selbstkritik zu leisten).

Nein, die politische Einschätzung im Rechenschaftsbericht, hier der geschwächte Imperialismus, da der erstarkende „reale Sozialismus“ hat mit den Tatsachen in diesem Kräfteverhältnis, mit der Lage, nichts zu tun, sondern ist durchdrungen von einer Herangehensweise, die weder materialistisch noch marxistisch ist und nur dazu dienen soll, ein falsches Bild von der UdSSR zu geben.

Dies ist die eine Seite der Sache. Die ausgesprochen weniger wichtige, was die Lage angeht. Wichtig nur, was die Arbeitsweise des DKP-Vorstands angeht. Die andere Seite, und die ist ohne Zweifel die entscheidende, ist natürlich die der grundlegenden Einschätzung der UdSSR selbst. Es gäbe dort kein Privateigentum, deswegen auch kein Interesse an Aufrüstung und keine imperialistischen Ziele, das ist die stehende Redewendung von Mies und der ganzen DKP. Nun: das stimmt lediglich bedingt. Juristisch ist es so, daß die sowjetische Führung keineswegs nur die wachsende Privatwirtschaft etwa in Ungarn bejubelt, sondern auch seit langem Initiativen in diese Richtung im eigenen Land unternimmt, und seit der Wahl Andropows zum Parteiführer wesentlich verstärkt. Nun sind das weder gewaltige Ausmaße noch Schlüsselbereiche der Wirtschaft.

Es ist aber nach wie vor die Frage, wer denn wirklich die Produktion kommandiert, wer denn in Wahrheit, wenn auch nicht juristisch, so doch faktisch (und dies offensichtlich auch schon in „Erbfolge“) die Verfügung hat. Daß sich eine privilegierte herrschende Klasse dort herausgebildet hat, die sich und ihre Familien gegen das „Wie-

derabsinken“ ins Proletariat abgesichert hat, ist jedem aufmerksamen Beobachter der dortigen Entwicklung, der keine Scheuklappen hat, eine Tatsache.

Es ist ebenso die Frage, nicht nur nach privatem Eigentum und faktischer privater Verfügung, sondern danach, wie denn diese „Planwirtschaft“ organisiert ist, welche Rolle die einzelnen — heute in Richtung immer größerer „Selbständigkeit“ ausgerichtet — Betriebe und ihre Direktoren spielen, nach welchen Methoden geplant, mit welchen Methoden gearbeitet wird und so weiter und so fort: Und all dies läßt den Schluß zu, daß es eben sehr wohl ein — gesellschaftlich abgrenzbares — privates Interesse gibt, das die Organisation der Produktion leitet.

Was zur selben Zeit das Argument, es gäbe kein privates Interesse an Aufrüstung, hinfällig werden läßt. Vielleicht nicht das der Aktienbesitzer, aber eben das der von Ausbeutung der Arbeitskraft lebenden Klasse, die sich im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte vollends herausgebildet hat.

Und wie die praktische Politik zeigt, daß das früher oft benutzte Argument gegen die Behauptung, die Sowjetunion betreibe imperialistische Politik, sie habe ja beispielsweise gar keine Rohstoffe nötig sich als falsch erwiesen hat (in Fällen wie Afghanistan und Angola, aber eben auch in europäischen RGW-Staaten) so beweist auch die gesamte internationale Vorgehensweise etwas anderes. Das ist nicht die Politik eines sozialistischen Staates. Die These, daß um einen Angriff abzuwehren, absolute Waffengleichheit nötig sei, ist eine typisch imperialistische These, mit der die sowjetische Aufrüstung verteidigt werden soll, Einwände gegen die Behauptung, sie sei „natürlicher Bündnispartner“ jeglicher Friedensbewegung weggewischt werden sollen. Und doch ist es anders als Mies behauptet. Die sowjetische Flotte war, noch zu Zeiten als auch die UdSSR schon Atomkraft war, nicht mehr als ein Küstenschutz und sollte auch nicht mehr sein. Daß sie heute weltweit kreuzt, ist, deshalb auch stets gerne verschwiegen, keinesfalls als Beitrag zur Friedenssicherung auszuwerten. Und auch Atomkraft sein, wurde einst keineswegs so ausgelegt, daß dies heißen müsse, daß man zur Selbstverteidigung exakt dieselben und ausrechenbar genauso viel Waffen haben müsse, wie der potentielle Gegner.

Nein, diese von Herbert Mies immer und immer wieder angeführte Argumente, sind Schutzbehauptungen. In Wirklichkeit sind sie, wie gesagt, in ihrer Logik typisch imperialistisch. Daß die UdSSR in den internationalen Beziehungen eine sichtbar andere Stellung einnimmt als die USA, daß sie sich in den letzten Jahren verstärkt bemüht hat, Angebote zu unterbreiten, Vorschläge zu machen — die im einzelnen zu beurteilen hier nicht der Platz ist — hat nichts mit einem anderen (grundsätzlich anderen) gesellschaftlichen Charakter des Staates zu tun, sondern mit den politischen Kräfteverhältnissen (militärisch-strategische eingeschlossen) und der taktischen Art von Politik, die die heutige Sowjetführung betreibt. Zu sagen, die UdSSR betreibe heute keine Politik, die auf Krieg hinsteuert, heißt eben noch lange nicht, zu sagen, daß sie keine aggressive Politik betreibe, was sie in der Tat tut, und was sich aus den inneren gesellschaftlichen Verhältnissen ergibt.

Bilanz und Perspektiven

Aus seiner Argumentation über die Rolle der UdSSR heraus greift Herbert Mies denn auch eine der politischen Strömungen in der Friedensbewegung direkt an: Diejenige, die vertritt, daß keinerlei Hoffnungen auf Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR bzw. zwischen den beiden Militärblöcken zu setzen sei. Denn gerade darauf muß er — unter anderem — ja orientieren, wenn er seine These von der Rolle der Sowjetunion als Friedensmacht durchhalten will. Er vertritt im Gegensatz zu dieser Strömung die Linie, daß gerade darauf hinzuwirken sei, daß solche Verhandlungen stattfinden — ohne eine Bilanz früherer solcher Konferenzen auch nur im entferntesten anzudeuten.



Die Einheit im Kampf gegen Mittelstreckenraketen — entscheidende Grundlage der Friedensbewegung. Weitere Fragen — neben der der angeblich so friedlichen Rolle der UdSSR — will die DKP-Führung noch nicht einmal zur Diskussion gestellt sehen

Das ist aber denn schon auch die einzige Stelle, an der sich Herbert Mies in seinem Bericht konkret mit der bisherigen Friedensbewegung befaßt, über die er doch so viel schreibt, sonst bleibt alles ziemlich oberflächlich.

„Ja, die USA-Regierung hat jetzt atomare Erstschlagwaffen in der Bundesrepublik stationiert. Aber zugleich hat sie einen großen Teil unseres Volkes gegen sich. Alles in allem hat die Friedensbewegung so die politische Szenerie in der Bundesrepublik wesentlich verändert.“

Das ist die Quintessenz dessen, was Herbert Mies über die politische Entwicklung in diesem Bereich zu sagen weiß. Kein Wort darüber, welche Faktoren dazu beigetragen haben, daß die Friedensbewegung nicht in der Lage war, die Stationierung zu verhindern — beigetragen wohl gemerkt, keineswegs allein verursacht. Kein Wort über politische Schwächen dieser Bewegung, die zu benennen, gegen die zu argumentieren ja wohl nun wirklich die größte Pflicht und Schuldigkeit eines Mannes bzw. eines Parteivorstandes oder eines Parteimitglieds wäre, der gerade von dieser Frage alles andere abhängig machen will.

Und nicht nur: Oberflächlichkeit, Verantwortungslosigkeit. Nein, auch einfach falsche Bewertung. Niemand wird bestreiten, daß die Friedensbewegung in der Tat eine Veränderung der politischen Szenerie geschaffen hat, zur Volksbewegung geworden ist, daß es eine breite Ablehnung der neuen Raketen gibt, die weit in verschiedene Kreise hineinreicht.

Da im ganzen Bericht keine andere Bewertung der gesamten

politischen Entwicklung in der BRD enthalten ist, muß der Schluß erlaubt sein, daß diese Veränderung nach Ansicht des DKP-Parteivorstandes die Hauptsache innerhalb dieser Jahre war, über die Rechenschaft abgelegt werden sollte. Und eben das kann man so nicht stehen lassen, es sei denn, man will, wie es Herbert Mies in seinem Bericht ausdrücklich tut (dazu werden wir später kommen) einen solchen Vorgang wie die „Bonner Wende“ als demgegenüber nebensächlich betrachten, eine Bewertung, die sachlich nicht gerechtfertigt ist und nur dazu geeignet, Illusionen in die weitere Entwicklung des Klassenkampfes zu erzeugen.

Dabei soll hier von anderen politischen Entwicklungen, wie etwa den Folgerungen aus der kapitalistischen Krise, die ja nun keineswegs, wie vom DKP-Parteivorstand ausdrücklich behauptet wird, ausschließlich eine Folge der Militarisierung sei, noch abgesehen werden, um

anbringen (Stichwort: Diskussion um „Latscherdemos“). Wobei er sicher recht hat mit der Feststellung, daß die Frage der Aktionsform keine entscheidende politische Frage ist. Um die Frage der „grundsätzlichen Gewaltfreiheit“ macht er, für einen Mann, der kommunistischen Anspruch haben will, seltsam genug, keinerlei Aufhebens, sondern legt sich auf ausschließlich friedlichen Widerstand fest. „Der demokratische und friedliebende Widerstand muß verstärkt werden“, heißt das dann nebenbei, und:

„Ihre höchste ‚Radikalität‘ wird die Friedensbewegung erreichen, wenn noch mehr Menschen für den Kampf gewonnen werden. Die tatsächlichen Ursachen der Friedensbedrohung müssen noch besser erkannt werden.“

Er kommt mit solchen Aussagen nicht um die Wahrheit herum: Es war nicht die Zahl, an der es der Friedensbewegung ge-

streiten müßte) auch schon seine letzten Worte dazu waren... Nicht ganz. Er fügt hinzu, daß in dem Maße, in dem die Bedingungen für die friedliche Koexistenz wachsen würden, auch vielleicht günstigere Bedingungen für einen NATO-Austritt entstehen würden. Was nichts daran ändert, daß er diese Lösung in der aktuellen Politik nicht vertreten haben will und dies auch praktisch umsetzt, indem auch keine nur in diese Richtung gehende Forderung erhoben wird.

Und die letzte Anmerkung ist schließlich die, daß schon hier in diesem Abschnitt um den Friedenskampf eine Tendenz deutlich wird, die eine Grundrichtung der DKP-Politik ausdrückt, die später, im gewerkschaftlichen Bereich vor allem, noch viel sichtbarer werden wird.

Es ist die Auffassung, die beispielsweise anhand der Aussagen zur Veränderung der SPD-Politik in bezug auf die Friedensbewegung durchschimmert, daß nur die Beteiligung von Organisationen an der Aktion, bzw. nur die Entwicklung von Organisationen wichtig ist, während der mehr oder minder spontanen, unorganisierten Bewegung kein oder kaum Raum und Bedeutung zugesprochen wird, zugemessen wird. Wie gesagt — das sei hier nur festgestellt, an anderen Fragen wird dies deutlicher werden, die wir in der nächsten Folge behandeln werden. Dies geschieht deshalb, weil dies unserer Meinung nach ein ganz wichtiger Bestandteil der DKP-Politik unter den Massen überhaupt ist, eine Grundtendenz des Revisionismus.

Will man also abschließend die her getroffenen Feststellungen noch einmal kurz und knapp zusammenfassen, so ist folgendes festzustellen:

1. Der DKP-Parteitag hat in seinen Aussagen über die Probleme des Kampfes zur Erhaltung des Friedens erneut eine Politik beschlossen, die die wahre Natur der Kriegsgefahr nicht enthüllt sondern verschleiert, indem sie die Klassenfrage, die Frage des Interesses an einem Kurs auf Krieg falsch, der herrschenden Klasse gegenüber opportunistisch, behandelt und entwickelt. Dazu wärmt sie die alte These auf, es ginge nicht um Klassenfragen sondern um Vernunft oder Unvernunft — das ist der blanke Antimarxismus, das ist Revisionismus. Wie gesagt: Damit ist die Quintessenz, die Ausrichtung ihrer Politik gemeint, nicht unbedingt die alltägliche Argumentation, die aber in diese Richtung gesteuert wird (es wird zwar vom Rüstungskapital gesprochen, um das vorne Gesagte wieder aufzunehmen, aber dann eben doch die „Brücke der Vernunft“ zur kapitalistischen Klasse geschlagen, und so, und daß war unser Anliegen aufzuzeigen, geht es dann in Richtung der kritisierten programmatischen DKP-Aussagen ab).

2. Der DKP-Parteitag hat erneut eine Politik bekräftigt, die ihre wesentliche Besonderheit in der Verbreitung der These von der friedliebenden Sowjetunion hat, was zu einer falschen politischen Orientierung auch im internationalen Bereich, zu einer Bindung der Friedensbewegung an internationale Verhandlungen führt. Eine Politik, die offensichtlich verstärkt verfolgt werden soll und wohl auch unter einigen Linken von gewissen Erfolgen gekrönt war.

3. Dementsprechend ist die Beurteilung der bisherigen Friedensbewegung fragwürdig und sind die für ihre weitere Entwicklung angegebenen Perspektiven in der Sache falsch.

Fortsetzung im nächsten Roten Morgen.

„Und wenn es nach uns ginge, würde die Bundesrepublik keinen Augenblick länger diesem Militärblock angehören, der seinem Wesen nach nichts anderes ist als der verlängerte Arm des Pentagon.“

Was dann auch (so sehr man sich über die Aussage selbst

eine Rangfolge politischer Wichtigkeit nicht gestritten.

Aus all diesen Gründen hat Herbert Mies denn auch für die weiteren Perspektiven nichts Neues anzubieten, als das, was von jeher von der DKP gesagt wurde.

„Und wenn die Friedensbewegung ihre Einheit wahrt, ihre Reihen erweitert, und ihren Kampf mit neuem Elan fortsetzt, ist sie auch weiterhin ein starker Faktor der Friedenssicherung.“

Das steht unmittelbar anschließend an das vorhergehende Zitat. Und hat sicher viel Richtiges: Die Einheit wahren, verschiedenste politische Strömungen, breite Massen gemeinsam für ein Ziel, das ist so sicher richtig, ebenso wie Reihen erweitern und Elan im Kampf. Wobei natürlich auf die bei weitem nicht nur von unserer Partei gemachte Erfahrung hinzuweisen ist, daß dies konkret heißt, daß der DKP-Parteivorstand keine Diskussion über die Rolle der UdSSR haben will (außer seine eigenen), keine Diskussion über politische Perspektiven, die anders aussehen als die eigenen, stets auf Verhandlungen der Blöcke ausgerichtet. In der Praxis wird so etwas als „spalterisch“ bezeichnet, oft genug haben DKP-Mitglieder, die der Politik ihrer Parteiführung folgen, dies so gehandelt. Als würde die Diskussion solcher Fragen das einheitliche Handeln stören.

Auch hier: Nur ein konkreter Punkt. Unter der Überschrift „Was ist radikal“ befaßt sich ein ganzer Unterabschnitt mit der Frage, ob immer radikalere oder immer breitere Aktionen die Friedensbewegung vor-

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + +

„Du Türken Schwein, dich werden wir schon abschieben!“

Ich bin Türke und will euch mal schreiben, wie es einem ergehen kann, wenn man im Kreis Aachen in die Hände der Polizei fällt.

Nach einer Feier mit Freunden bin ich auf der Straße umgefallen. Meine Freunde riefen den Krankenwagen. Der Sanitäter kam und hat sich um mich überhaupt nicht gekümmert. Sie ließen mich in der Kälte liegen. Dann kam die Polizei. Es war eine Streife aus Alsdorf, Kreis Aachen. Die beiden Polizisten bezeichneten mich als „Kanaken Schwein“ und schleiften mich an den Beinen durch den Schmutz auf der Straße zu ihrem Streifenwagen hin. Dabei ließen sie meinen Hinterkopf auf das Straßenpflaster und die Bordsteinkante aufschlagen. In ihrem Wagen mußte ich folgenden Spruch hören: „Du Türken Schwein, dich werden wir schon abschieben.“ Dann sagten sie: „Das Schwein ist nicht besoffen, tut nur so.“ Dabei schlugen sie mir mit den Fäusten in die Rippen. Auf dem Revier legten sie mich nicht auf die Pritsche, sie warfen mich auf den Boden der Zelle. Dann sagten sie wieder: „Das Schwein ist nicht besoffen, tut nur so“ und traten mit den Füßen in meine Seite.

Mit antifaschistischen Grüßen
ein Freund aus Aachen

Mit mehr als „Mit mehr als allgemeinen Schlagworten“

Zum Diskussionsbeitrag des BWK im Roten Morgen 51/52 von 1983 Die Überschrift des doppelseitigen Beitrages „mit wem, wofür und auf welcher Grundlage“ läßt im ersten Moment auf einen konkreten Beitrag hoffen.

Nach dem Lesen des Artikels, finden wir die Überschrift großspurig, den Artikel übertrieben lang

und viel-nichtssagend!

• So heißt es an einer Stelle: „die tendenzielle Bekräftigung statt Entkräftung des Vorurteils von der Abhängigkeit des BRD-Imperialismus...“

• An einer anderen Stelle heißt es: „will man die Frage mit ‚wem‘ mit mehr als nur allgemeinen Schlagworten beantworten, dann muß die Antwort...“

Was aber schon vorher oder nachher zu lesen ist, sind allgemeine Schlagworte eines Menschen, der nur Kopfpolitik macht, aber nicht als ganzer, politisch aktiver Mensch auftritt und so für sich die Frage „mit wem“ noch nicht geklärt hat.

Wir werden nach der Ankündigung „mit wem“ mit dem folgenden Hinweis vertröstet:

„nur aus objektiven, sozialen, statistisch feststellbaren Tatsachen und aus Erfahrungen der Geschichte des Klassenkampfes beantworten...“

Was soll ein Antifaschist, der die Geschichte des Klassenkampfes aufgrund seines Alters nicht miterlebt hat und keine wie von ch.c. empfohlene wissenschaftliche Analyse erstellen kann, damit anfangen.

Heißt das: Fünf Jahre Studium und dann erst aktive Volksfrontarbeit? Wo bleibt der konkrete Hinweis?

Hier im Gegensatz zu ch.c. und rih. für uns und vielleicht auch für andere eine Antwort auf die Frage mit ‚wem‘:

• bei geschichtlich, traditionellen Daten (30.1., 9.11.) die VVN/Bund der Antifaschisten, deren Beiträge und Berichte gerade für uns jüngere Antifaschisten sehr interessant sind.

• bei der Blockade des NPD-Landestreffens in Wattenscheid zeigte sich, für wie wichtig Schüler und Auszubildende den Antifaschismus begreifen können.

Sehr viele Schüler und Schülerinnen standen in der vordersten Reihe, um Faschisten und Polizisten abzuwehren.

Eine christliche Pfadfindergruppe hielt dort bis zum erklärten Ende der Aktion eine Mahnwache.

• Im Bereich der Aufarbeitung der antifaschistischen Geschichte, aber auch aktueller Berichte, über neonazistische Aktivitäten, darf man aktive SPD-Kreise und vor allem einzelne Jusos und Falken nicht ver-

gessen. (Z.B. die Broschüre der Jusos/NRW: Deutschland erwacht)

• friedenspolitisch haben die Grünen in Hinsicht auf ihre Forderungen dazugelernt. Sie haben „Raus aus der NATO“ übernommen.

• Auch wenn in der Zusammenarbeit Schwierigkeiten bestehen und Vorurteile auf beiden Seiten zu finden sind, sind die ortverschiedenen Initiativen und Komitees des Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD aktiv im demokratischen antifaschistischen Kampf.

Das Wichtigste für eine effektive Volksfrontarbeit ist die aktive Teilnahme am örtlichen, politischen Leben. Praktiziert man das, so können ortverschiedene Kontakte und Möglichkeiten der Zusammenarbeit entstehen.

Volkskorrespondenz aus Aachen

Vorladung wegen Mahnwache

Am 9.11. fand hier in Aachen eine Mahnwache und eine anschließende Kundgebung in der Aachener Innenstadt gegen die Reichskristallnacht zu deren 45. Jahrestag statt. Kurz vor Jahresende erhielten acht Teilnehmer der Mahnwache, deren Personalien polizeilich festgestellt worden waren, Vorladungen wegen des „Verdachts des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz“ als ... Beschuldigte.

Einer der Beschuldigten, Harald Jung, fragt in einem Leserbrief: „... in welchem Land leben wir eigentlich, frage ich mich, ob ich als Bürger der Bundesrepublik darüber eher bestürzt oder beängstigt sein sollte!“ 45 Jahre nach der Reichskristallnacht hat die Polizeiführung der Stadt Aachen nichts anderes zu tun, als das öffentliche Bekenntnis gegen die Brandstifter des Faschismus mit Vorladungen zu belegen. Ihre Amtsvorgänger haben immerhin in der Zeit des Faschismus

• Gewerkschafter, die zur Blockade der Bundesgeschäftsstelle der Wiking-Jugend aufrufen.

• Ausländische oder ausländisch/deutsche Vereine.

• Solidaritätskomitees aus dem Hochschulbereich.

Das ist insgesamt nur eine kurze, unvollständige, ortsbezogene Auflistung, aber weit mehr als die von rih. und ch.c. genannte „akute Stellungnahme dieser oder jener Stadtteilinitiative“.

„Die Praxis ist höher als die theoretische Erkenntnis, denn sie hat nicht nur die Würde des Allgemeinen, sondern auch der unmittelbaren Wirklichkeit“, lehrt uns Lenin.

gerrei — zwei parteilose Volksfrontler

nichts unternommen, als die Nazis die Synagogen anzündeten. Darf es heute wieder brennen? Brände von heute, wie der in Berlin, Abschiebehaft, wecken böse Vorahnungen.

Gegen die faschistischen Brandstifter von damals — und es geht auch gegen die von heute und gegen ihre politischen Wegbereiter —, haben über 100 Menschen demonstriert. Es waren Gewerkschafter, aktive Antifaschisten, Eltern mit ihren Kindern, ausländische Kolleginnen und Kollegen und ein Aachener Stadtrat gekommen, der auch eine Ansprache hielt. Für die beteiligten Organisationen, unter anderem auch KPD und Volksfront, war dieser Verlauf ein schöner Erfolg, den auch die Vorladungen nicht mehr trüben können.

Eine Anfrage in einem Ausschuß des Rates der Stadt steht bereits fest, andere Aktionen der Solidarität mit den Beschuldigten sollen folgen.

Mit kommunistischem Gruß,

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellingerhof Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch, widerruflich, monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von DM zu Lasten meines Girokontos Nr.

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts)

Bankleitzahl durch Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Name, Vorname, genaue Anschrift)

Ort, Datum

Unterschrift

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ... ab Nr.
Die Zahlung erfolgt:
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM

Name Vorname
Straße
PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Arbeiterpolitik in Betrieb und Gewerkschaft

- unterstützt
- dokumentiert
- analysiert
- und kritisiert

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Literatur — speziell zum Jahrestag der Nazi-Machtübernahme am 30. Januar

Von Weimar zu Hitler

Deutschland — Sein oder Nichtsein?

Band 1

Paul Merker

Materialismus Verlag

426 Seiten, 22,— DM

Tatsachen + Hintergründe
Entwicklungen und Enthüllungen
Schlußfolgerungen

Das Dritte Reich und sein Ende

Deutschland — Sein oder Nichtsein?

Band 2

Paul Merker

Materialismus Verlag

578 Seiten, 26,— DM



(Sonderausgabe des Theoretischen Organs der KPD „Weg der Partei“, heute „Kommunistische Hefte“, 160 Seiten, 5,— DM)

Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526

Als deutscher Antifaschist in Griechenland / Reisebericht

Das Massaker von Kalavrita

Von diesem Massaker hörte ich zum ersten Mal vor drei Jahren in der „Frankfurter Rundschau“. Danach gab es einen sehr guten Film des WDR über diese Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Herzen des Peloponnes. Ansonsten wird diese „Heldentat“ nicht erwähnt. Warum auch? Hat nicht unsere Republik den Anspruch gerichtlich feststellen lassen, „Rechtsnachfolger des Dritten Reiches zu sein“...?

Am 13. Dezember 1943 wurde Kalavrita ausgelöscht. Über 1200 Männer und Jungen über 12 Jahren ermordet. Alle Gebäude wurden geplündert, verbrannt. Lidice, Oradour sind auch Jugendlichen als Synonym für Massenmord, Terror der Nazis und ihrer Wehrmacht an unschuldigen Männern, Frauen und Kindern ein Begriff. Kalavrita blieb unbekannt, obwohl — oder gerade deshalb — dieser Holocaust weitaus grauenvoller ist.

Die Nazi-Armee hatte fast ganz Europa unter ihrem Stiefel. Sie hat die italienischen Besatzer, die vor dem griechischen Volk kapitulieren mußten, im Sommer '43 abgelöst. Laut Befehl Hitlers sollte mit der „Bandentätigkeit im Peloponnes Schluß gemacht werden“. Die größte Widerstandsorganisation, die „Nationale Befreiungsfront“, und ihre militärische Abteilung „ELAS“, kontrollierte die von ihr befreiten Gebiete. So auch die zentrale Gebirgsstadt Kalavrita, 800 m hoch gelegen.

Die griechischen Partisanen nahmen im Oktober '43 81 deutsche Soldaten gefangen. Anfang Dezember marschierte das 68. deutsche Armee-korps auf Kalavrita zu, brannte das Kloster Mega Spileon nieder, ermordete 19 Mönche. Danach versuchten die Deutschen, die 81 Gefangenen zu befreien, was jedoch mißlang. Am 10. 12. wurden diese von den Partisanen erschossen. Zuvor haben die Partisanen über einen hohen Geistlichen versucht, mit der deutschen Armee-führung über einen Gefangenenaustausch zu verhandeln. Die Nazis ignorierten dieses Angebot vollständig. Stattdessen wurde eine der brutalsten „Sühneaktionen“ des Zweiten Weltkriegs angeordnet.

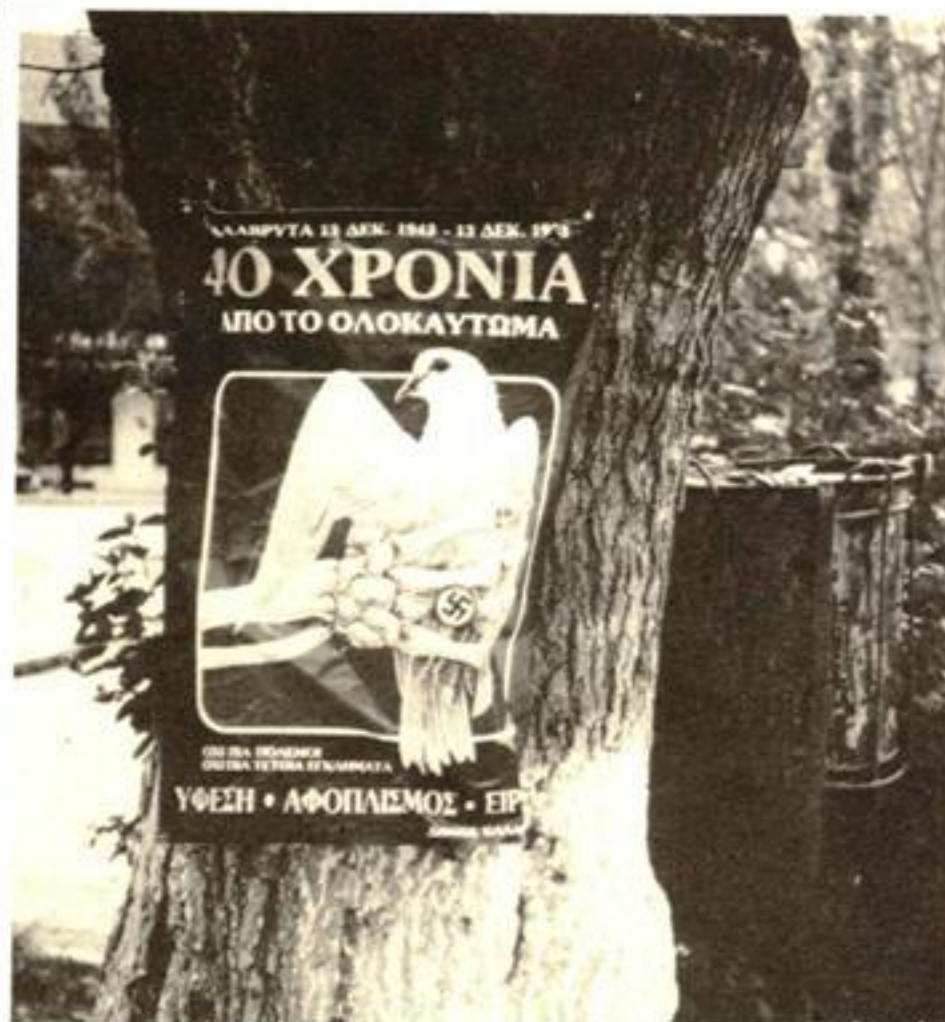
hörten sie. Sie nahmen ihre „Arbeit“ ernst: jeweils fünf Menschen wurden erschossen. Ich selbst konnte nur überleben — verletzt — weil ich mich tot stellte. Nach fünf Stunden zogen die Banditen und Mörder ab — im Gleichschritt, „Lilli Marleen“ singend! Alle Häuser wurden geplündert, das Diebesgut mit der Bergbahn zur Küste geschleppt. Sie ließen die Frauen und Kinder mit nichts zurück als rauchenden Trümmern und den Leichen ihrer ermordeten Männer, Söhne und Brüder.“ Es waren über 1200.

Grund genug, diesen Holocaust auch in unserer Stadt — Witten — bekanntzumachen. Das taten wir — „Deutsch-ausländischer Freundschaftskreis“ — am 13. 12. 83 in der City mit einer Gedenk-kundgebung (großes Info-Transparent, Lichter, Flugblatt). Es war verblüffend, daß sehr viele Menschen von sich aus uns ansprachen. Mit ca. 40 Leuten gingen wir dann zu einem antifaschistischen Mahnmahl weiter. Größere Artikel über das Massaker erschienen in der Lokalpresse wie „WAZ“ und „Ruhrnachrichten“.

Im letzten Sommer schrieben wir den Bürgermeister Kalavritas, Panos Polkas, an. Wir wollten Informationsmaterial aus seiner Stadt, um den Massenmord der Nazis hier zu veröffentlichen. Damit wollten wir einen kleinen Beitrag leisten, zu verhindern, daß Verbrechen nie mehr von deutschem Boden ausgehen können. Wir bekamen Material — und Anfang November eine Einladung, an der 40. Gedenkfeier in Kalavrita teilzunehmen.

Natürlich nahmen wir diese Einladung an. Von der Küste ging es 30 Kilometer steil bergan zum Gebirgsstädtchen Kalavrita. Meine Gefühle waren durchaus gemischt: wie wird man mich empfangen, behandeln, als Sohn eines Volkes, das einiges zur kulturellen, technischen Entwicklung der Völker beigetragen hat — aber auch Mord, Terror über viele Nationen breitete? Kurzum: der Empfang war herzlich, die neuen Kontakte wurden sehr freundschaftlich.

Ein Geschenk des Oberbürgermeisters unserer Stadt übergab ich Panos Polkas und lud ihn zu einem Besuch in Witten ein.



Auch mit Plakaten wird erinnert

erschossen worden sein.

Jedenfalls hegten die Griechen keinen Haß gegen mich, sie waren froh, daß Deutsche den Weg hierher gefunden haben, gemeinsam für Völkerverständigung und gegen Faschismus und Krieg, gegen NATO, Pershing und Cruise Missiles, kämpfen.

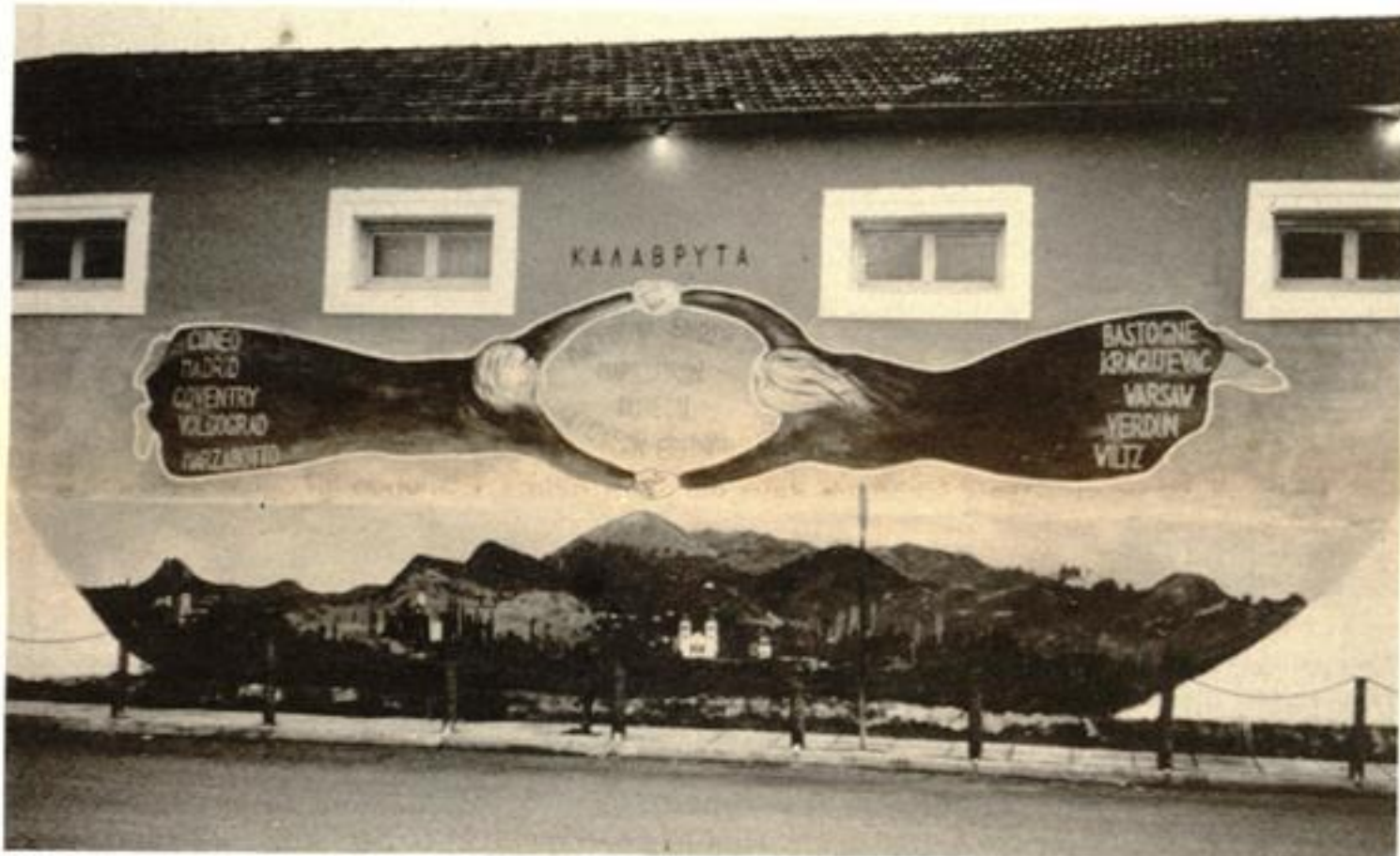
Panos Polkas, Bürgermeister, Überlebender des Massakers, wird am 18. Februar zu uns nach Witten kommen. Wir werden gemeinsam mit den Griechen, Türken, Portugiesen, Jugoslawen, Deutschen ein Fest „Gegen Faschismus, Rassismus — für Völkerverständigung“ feiern: Witten, „Adolf-Reichwein-Realschule“, Westfalenstr., ab 18 Uhr.

Ein offizieller Empfang beim Oberbürgermeister wird stattfinden.

Ich denke, daß die Informationen über die Nazi-Barbarei keine „nostalgische“ Sache sind. Vielmehr hat es in unserem Freundschaftskreis die antifaschistischen Aktivitäten, das Engagement gegen die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung gefördert, Verbindungen zu ausländischen Kollegen vertieft.

Außerdem hat es viele Diskussionen gegeben über die Frage: kann sich ein zweites '33 wiederholen usw.

So wie es aussieht, wird es bei diesem Besuch in Griechenland nicht bleiben, und wir nehmen an, daß uns auch die griechischen Freunde besuchen werden.



Dieses Wandgemälde ist an der Schule des Ortes angebracht

Bei meinem Besuch vor vier Wochen erzählt Panos Polkas, Bürgermeister Kalavritas, wie diese „Sühneaktion“ ablief:

„Deutsche Soldaten der regulären Wehrmacht umstellten weit-räumig unsere kleine Stadt. Alle männlichen Bewohner über 12 Jahren wurden oberhalb der Stadt in einen Bergkessel getrieben. Die Deutschen versprachen uns, gaben ihr Ehrenwort, es werde uns nichts geschehen. Wir haben ihnen geglaubt. Vom Berg aus sahen wir, wie die Stadt brannte. Dann sehen wir die Maschinengewehre,

Am Vorabend des Gedenktages fand ein kleiner Empfang zu Ehren einer Delegation der italienischen Stadt Mazzabotto statt. Dort ermordeten gegen Ende des Krieges die Nazi-Truppen Hunderte — auch dieses Massaker wird in unserem Lande vollständig verschwiegen.

Am Gedenktag waren die Schulen geschlossen. Viele Bewohner der Region und nahezu die gesamte Bevölkerung Kalavritas nahmen an der Gedenkfeier teil. Ein Geistlicher, der das Massaker schwer-verletzt überlebte, zelebrierte eine Feierliche Messe.

Minister, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Griechenlands nahmen an der Gedenkfeier teil. Die Gedenkstätte für die Ermordeten liegt hoch oberhalb der Stadt. In die mächtigen Betonwände sind die Namen der Ermordeten eingemeißelt.

Aus der BRD waren außer mir eine Professor aus Tübingen, eine SPD-Stadträtin aus Wolfsburg, und zum ersten Male der westdeutsche Botschafter aus Athen dort.

Es war bewegend, als jemand die Namen der Ermordeten vorlas und Gewehrsalven krachten, die Mütter, Frauen, Schwestern, Söhne der Ermordeten weinten, ihrer Angehörigen gedachten.

Der unglaubliche Terror, die bestialischen Morde der Nazi-Wehrmacht nahmen Gestalt an. Man kann nicht unbeteiligt bleiben, Trauer schlägt in Haß gegen Faschismus um.

Hier lernte ich einen Elektriker kennen, dessen Vater ermordet wurde. Als neunjähriger Junge trug er mit der Mutter den erschossenen Vater in die Stadt. Sie hungerten und froren tagelang. Der Schnee lag über einen Meter hoch. Alle Decken, Kleidung, Lebensmittel hatten die Nazis verbrannt, geplündert. Den Vater mußten sie mit bloßen Händen begraben. „Das erzähle ich dir alles, damit du nicht umsonst hier gewesen bist. Nimm etwas mit nach Deutschland: tue etwas gegen Unrecht, Faschismus, Krieg.“

Abends nahmen mich drei Brüder und ihre Familien mit ins Hochgebirge. Dort in dem winzigen Dorf lernte ich — wie mir die Genossen der PASOK (griechische Sozialisten) sagten — einen alten Partisan kennen, der sehr erfolgreich gegen die Nazi-Besatzer operierte. Er und seine Frau hatten ein gutes Essen, sehr guten Gebirgswein bereitgestellt. Klar, daß viel getrunken, getanzt, gesungen und auch über Politik diskutiert wurde.

Der Vater der drei Brüder Pavlopoulos wurde von den Nazis erschossen. Andreas war damals Säugling. Er und seine Mutter wurden in die Schule eingesperrt, die Nazis legten Feuer. Ein Wacht-posten öffnete die Tür, als die Flammen die Menschen erreichten. Nach Erzählungen der Leute soll dieser Soldat von einem Offizier



Gedenkstein auf dem Friedhof



Zahlreiche ältere Menschen beteiligten sich...



... an der Gedenkfeier, die für sie keinesfalls nur „Geschichte“ ist



Mit Blumen geschmückt: unvergessen

Es lebe der Kampf der surinamesischen Arbeiterklasse gegen die Angriffe auf ihre Rechte und ihren Lebensstandard

Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Surinams aus Anlaß des großen Bauxit-Streiks und anderer Aktionen gegen die Krisenpolitik des Militärregimes in Surinam, 26. Dezember 1983

Mehr als 3000 Bauxitarbeiter des US-Multis Suralco (Alcoa) (1) in Surinam befinden sich seit Montag, 19. Dezember, im Streik. Ihrer mutigen Aktion schlossen sich mehr als 800 Fabrikarbeiter und Minenarbeiter der Niederländischen Bauxitgesellschaft Billiton (Shell) (2) an. Die Arbeiter der Suralco-Zweigstelle in Moengo traten ebenfalls in den Streik. Im Laufe der Woche traten die Arbeiter verschiedener Banken und Versicherungsgesellschaften in Paramaribo in den Ausstand. In einer Reihe von Betrieben konnte die Produktion nicht aufrechterhalten werden, weil ein Teil der Hauptstadt Paramaribo von der Elektrizitätsversorgung abgeschnitten war. Eine Abteilung des „Power House“ (wohin die Elektrizität vom Wasserkraftwerk Afo-bakka kommt) wurde von den streikenden Arbeitern außer Betrieb gesetzt.

Die große Streikbewegung und andere Aktionen richten sich gegen die enormen Steuererhöhungen, die das Militärregime für Januar 1984 angekündigt hat und die es schon einzuführen beginnt. Die Anschläge auf das Einkommen der Arbeiterklasse werden direkt ermutigt durch den Internationalen Währungsfonds (IWF). Das Militärregime will mit dem IWF einen Vertrag über eine Anleihe von 100 Millionen Dollar abschließen, der sofort in Kraft treten soll. Für die Vergabe dieser Anleihe (mehr als 25 Prozent des Jahresbudgets 1984) fordert der IWF eine Reduzierung der Haushaltsdefizite durch eine Serie von Angriffen auf den Lebensstandard der arbeitenden Menschen Surinams.

Neben der großen Zunahme (manchmal mehr als 50 Prozent) der direkten und indirekten Steuern, die das Volk zu zahlen hat, dringt der IWF auf Masseneintlassungen. Das Regime hat bereits die IWF-Anweisungen befolgt, indem es die staatlichen Zuschüsse für Milch, Wasserversorgung, Elektrizität und die Dienste halbstaatlicher Gesell-

schaften reduzierte bzw. ganz strich.

Über Jahre hinweg waren die Bauxitarbeiter das bevorzugte Ziel für die Angriffe der aufeinander folgenden Regierungen, weil sie bereits „zuviel verdienen“. Dieser kapitalistische Unsinn steht auch im „Konzeptprogramm“ der „Bewegung des 25. Februar“, des Militärregimes. Die Superprofite der US-amerikanischen und niederländischen Bauxitgesellschaften werden durch die Ausbeutung der Arbeitskraft Tausender Bauxit-Arbeiter und der natürlichen Ressourcen unseres Landes erzielt.

Mehr als 80 Prozent der Exporteinnahmen werden als Resultat der Arbeiter der Bauxitarbeiter und der Arbeiter der Aluminiumindustrie realisiert. Mehr als 30 Prozent des Staatseinkommens entstammen der Produktion der Bauxitarbeiter. Der Anteil der 5000 Bauxitarbeiter am inländischen Brutto sozialprodukt übertrifft ihren zahlenmäßigen Anteil an der arbeitenden Bevölkerung um mehr als das Dreifache.

Trotz ihres riesigen Anteils an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums in Surinam haben die Bauxitarbeiter ein Einkommen, das gerade ausreicht — wenn es nicht schon zu wenig ist —, um sie am Leben zu erhalten. Die Bauxitarbeiter trifft keine Schuld daran, daß Zehntausende arbeitende Menschen in Surinam weniger verdienen, Hungerlöhne empfangen, in Armut leben müssen. Alle Schuld trifft das kapitalistische System in Surinam, das mit aller Macht durch das Militärregime verteidigt wird.

In Gehorsam gegenüber dem IWF versucht das Militärregime, die Last der ersten Finanzkrise unseres Landes auf den Rücken des Volkes abzuwälzen. Während die Besteuerung der multinationalen Bauxitgesellschaften unlängst reduziert wurde, während der sich selbst „Führer der Revolution“ nennende Armeeführer die Stärke der Armee verdreifachen ließ, werden im kommenden Haus-

haltsjahr mehr als 10 Prozent der Staatsausgaben in die Armee, die Polizei und die Geheimdienste fließen. Die Privilegien der hohen Staats- und Armeeführer bleiben unangestastet. Die Wirtschaftspolitik des Militärregimes ist reaktionär: Die Reichen werden reicher, die Armen müssen bezahlen, und der Unterdrückungsapparat wird ausgebaut, um die Oppositionsbewegung des Volkes zu zerschlagen.

Die gegenwärtige Streikbewegung in unserem Land mit den Bauxitarbeitern als Vorhut ist die Antwort des arbeitenden

Volkes auf die reaktionäre Krisenpolitik der Diktatur!

• Nein zur Militarisierung! Herunter mit den Ausgaben für Armee und Polizei!
• Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Seit den Mordtaten des Dezember und der vollständigen Zerstörung der demokratischen Rechte und Freiheiten am 8. Dezember 1982 ist in unserem Land die Militärdiktatur Realität geworden. Der Notstand wurde ausgerufen, jedwede politische Freiheit niedergelassen. Alle oppositionellen und kritischen Zeitungen sind verboten. Die Führer aller vier



Solidaritätsaktion in den Niederlanden

Surinam auf die reaktionäre Krisenpolitik der Diktatur!

Nicht die Arbeiter dürfen die Krise bezahlen! Laßt die Ausbeuter, die Reichen, die Armee und alle die, die für die Krise verantwortlich sind, bezahlen! Der Kampf der surinamesischen Arbeiterklasse gegen die Angriffe auf ihren Lebensstandard ist nicht nur gerecht, sondern auch notwendig.

Schließt euch den streikenden Arbeitern an! Ihr Kampf ist unser Kampf!

• Weg mit den Steuererhöhungen! Steuersenkungen für die Arbeiter!
• Kein Lohndiebstahl, sondern Lohnerhöhungen!
• Weg mit den Preissteige-

gewerkschaftsverbände sind durch Einschüchterung und Erpressung dazu gebracht worden, sich der Diktatur zu unterwerfen. Das Regime hat keinen Rückhalt im Volk, es regiert mit den Mitteln der militärischen Stärke und der Erzeugung von Furcht.

Die gegenwärtige Streikbewegung ist deshalb umso mehr eine heldenhafte Aktion großer Teile der revolutionärsten Klasse der surinamesischen Gesellschaft, der Arbeiterklasse! Sie ist ein ungeheurer Antriebs für die gesamte fortschrittliche und demokratische Oppositionsbewegung Surinams. Gegenwärtig führen die Arbeiter ihren Kampf für Freiheit und Rechte

Vor etwa zwei Wochen wurde die Regierung von Surinam auf Veranlassung des Armeeführers Desi Bouterse umgebildet. Durch einen Militärputsch waren die Streitkräfte dieses süd-amerikanischen Landes im Jahre 1980 an die Macht gekommen. Nach der jetzt erfolgten Absetzung des 35jährigen Errol Alibux, der erst im Februar 1983 Premierminister geworden war, hat Bouterse einer Meldung des internationalen Pressedienstes zufolge „die Bildung einer handlungsfähigen politischen Führung in enger Abstimmung mit Gewerkschaften, Handel und Industrie in Aussicht gestellt“.

Was geht in Surinam vor sich? — Die Absetzung der Regierung Alibux ist in erster Linie eine Reaktion auf den anhaltenden Streik der surinamesischen Bauxitarbeiter, der im Dezember 1983 begann. Meldungen über diesen großen Kampf fanden ihren Weg auch in die Spalten der bürgerlichen Presse, mehr oder weniger ausführlich von politischen Einschätzungen über die innenpolitische Situation des Landes begleitet.

Wir dokumentieren auf dieser Seite die Einschätzung und den Standpunkt der Kommunistischen Partei Surinams, die den Kampf der Arbeiter mit großem Einsatz unterstützt und um Solidarität wirbt. Der nebenstehende Artikel ist eine Übersetzung aus der Sondernummer 10 des Zentralorgans der KP Surinams, „Redi Siri“.

für die gesamte Arbeiterklasse Surinams.

Die Einschüchterungsversuche der Agenten, der „Volksmiliz“ und anderer unterdrückender Staatsorgane sind bislang fehlgeschlagen. Die Arbeiter sind ohne und gegen die Wünsche der opportunistischen Führer der Gewerkschafts-

Die kubanischen Revisionisten wurden aus Surinam ausgewiesen, und die „Revolution“ kam noch mehr unter den Schirm der brasilianischen Generale und des IWF. Aber Kapitulation hat den Hunger des Imperialismus noch nie gestillt. Im Gegenteil! Die reaktionären Kräfte werden, unterstützt vom westlichen Imperialismus, ihre Anstrengungen verdoppeln, um ihre Rivalen niederzuwerfen. Die Drohung einer Konterrevolution gegen die konterrevolutionäre Diktatur Bouterse ist real!

Unser Volk sehnt sich nach einer wirklich revolutionären und demokratischen Alternative. Weder die regierenden noch die oppositionellen Konterrevolutionäre sind ihm von Nutzen. Die Versuche der Diktatur, die gegenwärtige Streikbewegung der „Konterrevolution“ und „Destabilisierung“ zuzuschreiben, sind alt und durchsichtig — sie sollen die Arbeiter um ihre Rechte bringen. Die mutige Streikbewegung der Arbeiter ist eine große Initiative von unten, von den arbeitenden Massen. Es gibt keine bessere Antwort auf die Putsche, Gegenputsche und anderen Intrigen Bouterse und Chin A Sens (4) als die Entfaltung und Stärkung des Massenkampfes.

Gegen die Diktatur und ausländische Intervention. Für Freiheit, nationale Befreiung und sozialen Fortschritt!

IWF — nein! Steuererhöhungen — nein! Kämpft zusammen mit der Arbeiterklasse!

— Soweit der Text der in englischer Sprache international verbreiteten Erklärung des ZK der KPS aus „Redi Siri“. In einer Fußnote, die die surinamesischen Genossen dieser Erklärung anfügten, heißt es:

„5. Januar 1984: Bis jetzt geht der große Bauxitstreik weiter. Er ist bereits der längste Streik in der Bauxitindustrie unseres Landes. Ein militärischer Angriff auf die Arbeiter droht.“

Man kann heute, am 11. Januar, hinzufügen: Die Regierung wurde ausgewechselt. Der Streik hält nach den uns vorliegenden Meldungen immer noch an.

Anmerkungen zum Text der Erklärung

1. Alcoa = Aluminium Company of America
2. Suralco und Billiton sind die größten Industrieunternehmen Surinams
3. F. Derby ist Vorsitzender der Bauxit-Gewerkschaften und Führer der reformistischen Gewerkschaftsvereinigung C47
4. Henk Chin A Sen, Präsident von 1980 bis 1982, ist Vorsitzender des reaktionären, proimperialistischen „Befreiungsrates von Surinam“ mit Sitz in Holland.

Generalstreik in Uruguay

Den deutlichen Aufschwung der oppositionellen antifaschistischen Kräfte in Uruguay markierte der Generalstreik am 18. Januar.

Der Streikaufruf des Gewerkschaftsverbandes PIT (Plenaria Intersindical de Trabajadores) wurde nahezu einmütig befolgt. Die Maschinen und Anlagen der Industriebetriebe standen still, im Handel lief nichts, die Busse fuhren bereits in den frühen Morgenstunden nicht mehr. Die Beamten und Staatsangestellten waren unter Strafandrohung zur Arbeit gezwungen worden, hatten aber fast nichts zu tun.

Zu den Forderungen der Arbeiter gehören sofortige Lohnerhöhungen, die Wiederherstellung gewerkschaftlicher Freiheiten, die Aufhebung des Verbots politischer Parteien und eine Generalamnestie.

Nach den Massendemon-

strationen der letzten Zeit, an denen mehrere hunderttausend Menschen teilnahmen, ist der Generalstreik ein neuer Höhepunkt des Widerstands und zeigt deutlich, daß das gegenwärtige Militärregime immer rascher, immer stärker in Bedrängnis gerät. Der Generalstreik kam zustande trotz des wütenden Terrors, mit dem die Regierung dem Volkswiderstand begegnet. Nach dem Generalstreik von 1973, mit dem die Arbeiter auf die Auflösung des Parlaments und die Machtergreifung durch den „Rat der nationalen Sicherheit“ reagiert hatten und der nach 15 Tagen Dauer zerschlagen wurde, war dies der erste Generalstreik in Uruguay.



Ein Eindruck von der Demonstration der 400 000 in Montevideo, 27. 11. 83 — Nach dem Generalstreik vom 18. Januar verbot die Regierung den Gewerkschaften jede Betätigung.

Zusammenarbeit der bundesdeutschen mit der britischen Polizei:

Auf dem Wunschzettel: ein Wasserwerfer von Daimler

Den „Irland-Nachrichten“ 2/84 entnehmen wir den folgenden detaillierten Bericht über die Zusammenarbeit der westdeutschen mit der englischen Polizei: Sicher nur ein kleiner Ausschnitt aus diesem großen Bereich, aber eben doch gut zu wissen.

„Am 23. August weilten Assistant Chief Constable (Anm.: Stellvertreter des Polizeichefs Nordirland) Stanley Steenson von der nordirischen Polizei und Oberleutnant John Bonell von der Britischen Armee zu einem kurzen Besuch bei der 1. Hessischen Bereitschaftspolizei-Abteilung. Beide Herren befanden sich auf Einladung des Bundesministeriums des Innern auf einer Informationsreise, die sie von Bonn über Wiesbaden nach Eschwege führte. Im Mittelpunkt des Besuchs bei der 1. HBPA stand eine Vergleichsvorführung der WaWe (Wasserwerfer) 4 und 9. Daneben wurden verschiedene andere Führungs- und Einsatzmittel vorgestellt. Gezeigt wurde auch, mit welchem Anzug sowie mit welcher Bewaffnung und Ausrüstung ein Polizeivollzugsbeamter bei Demonstrationen eingesetzt wird.“ In Wiesbaden befindet sich das BKA, in Eschwege liegt Bundesgrenzschutz.

Bereits 1982 wurden zwei ausgesiente Wasserwerfer der Bauserie 4 (000) der Londoner Metropolitan Police zur Ausbildung überlassen. Ein Jahr nach den '81er Unruhen in Toxteth (Liverpool) und Brixton (London) hatte das Home Office mehrere hochkarätige Polizeioffiziere durch Westeuropa geschickt, um die neuesten Polizeiwaffen für den Einsatz gegen Menschenmengen inspierten zu lassen. In Westdeutschland fand die Delegation den passenden Ersatz für die antiken „Pig-Squirt“- und „All-British“-Wasserkannonen,

deren relative Wirkung eher Rasensprengern als Wasserwerfern gleichkommt. Im Rahmen eines Ausleihvertrages wurden zwei WaWe 4, je einer aus Niedersachsen und aus dem Bestand des BGS, nach London verschifft. Das aktuelle Interesse nordirischer Repressions-spezialisten verwundert nicht, gilt das Land doch unter Experten als Testfeld für alle möglichen Errungenschaften von Unterdrückungstechnologien, die später auch in anderen Ländern zur Anwendung kommen. In Nordirland wurde beispielsweise Ende der 60er Jahre erstmals in Westeuropa der Kampfstoff CS hochkonzentriert in geschlossenen Straßenzügen und Häuserblöcken „mitten im Frieden“ angewandt. Ein Baby in Derry starb damals an Lungenschäden. „Berühmtheit“ erlangten auch jene Gummi- und Plastikgeschosse, die bislang mindestens 14 Todesopfer und Hunderte von Schwerverletzten forderten. Die Aufzählung läßt sich fortführen: Der Armeecomputer in Lisburn beispielsweise speichert nicht nur Namen und Daten der republikanischen Bevölkerung ab (in England gibt es weder Meldegesetz noch Personal- ausweise), sondern auch Informationen aus dem Alltagsleben der katholischen Minderheit wie Soziogramme von ganzen Familien, Psychogramme einzelner Personen bis hin zu Ergebnissen von Haussuchungen wie Farbe der Tapeten, Raumaufteilung, Möbeln etc. Weit entwickelt sind auch Verhörmethden, die 1977/78 in einem Bericht von

amnesty international als „Folter“ klassifiziert worden sind und mittlerweile noch feiner ausgeformt wurden: In der laufenden Kampagne gegen die Schauprozesse und bezahlten Kronzeugen wurde bekannt, daß in den Formularen der ersten Vernehmungsprotokolle bereits Felder zum Eintragen standardisierter Verhörmethden für die weitere Untersuchung eingezeichnet sind. Das Interesse der Besucher aus Nordirland an Wasserwerfern und anderen Ausrüstungsgegenständen für Polizeieinheiten im geschlossenen Demonstrationseinsatz kehrt die bisherigen Erfahrungswege — was den großflächigen Bürgerkriegseinsatz angeht — um. Nach dem jahrelangen gezielten Aufbau von Polizeikräften für bürgerkriegsähnliche Situationen und mit dem weltweiten Renomee im Rücken, die Massenbewegungen der Anti-AKW-Kampagne, der Anti-Startbahn-West-Bewegung und aktuell der Friedensbewegung in Schach gehalten zu haben, schickt sich die bundesdeutsche Polizei an, diese Erfahrungen und die zugehörigen Mittel zu exportieren. In Sachen Polizeitaktik sind bundesdeutsche Spitzenbeamte gern gesehene Gäste auf Polizeiseminaren im Ausland, und die Entwicklung des WaWe 9 sucht international ihren Vergleich. Das Modell der Firmen Daimler Benz (Chassis) und Metz (Aufbauten und Spezialgerät) wurde erstmals im Februar 1981 bei der letzten großen Brockdorf-Demonstration eingesetzt. Eineinhalb Jahre später, anlässlich des Gorbener „Tanz auf dem Vulkan“ (einer Blockade des Zwischenlagers im September 1982), zeigten die Wasserkannonen erstmals, was sie mit ihrem

Wasserdruck von 17 bar anrichten: Aus fünf bis zehn Metern Entfernung trafen sie die Gruppen der Sitzblockade und verursachten u. a. Rippenserienbrüche, eine Lungenquetschung mit Blutergüssen. Auch an der NATO-Startbahn West gehören die 600000 DM teuren Fahrzeuge zum Arsenal der dort agierenden Hundertschaften. Das Fassungsvermögen von 9000 Litern (plus Extratank für elektronisch zumischbares CN oder CS) und die 65-Meter-Reichweite der jeweils zwei Kanonen reiht dieses Modell in den „Mittelstreckensbereich“ der sogenannten polizeitypischen Distanzwaffen ein. Für nordirische Verhältnisse, so westdeutsche Polizeibeobachter, sind die fahrbaren Gas-Wasser-Kanonen eher ungeeignet. Dort prallen ja Demonstranten und Polizeieinheiten nicht im Stil mittelalterlicher Schlachtformationen aufeinander, sondern im Straßenkampf. Zwar schützt ein Spezialanstrich die WaWe 9 gegen Brandflaschen, durch bruchsaures Acrylglas ist die Besatzung auch gegen Steine geschützt, aber das Gesamtgewicht von 25 Tonnen und ein Wendekreis von 17 Metern lassen in den engen Straßen von Belfast praktisch keine Manöver zu. Schon einmal hatten britische Armee und RUC sich von Wasserwerfern einen taktischen Vorteil versprochen, als sie Anfang der 70er Jahre mit Farbzumischungen jugendliche Demonstranten zum Zweck späterer Festnahme und Identifizierung kennzeichnen wollten. Es blieb bei wenigen fehlgeschlagenen Versuchen, die in Fachbüchern als kabarettistische Einlagen am Rande vermerkt werden. Britische Armee und RUC werden — wie jede bewaffnete Formation in ihrer Lage — weiterhin mit gepanzerten Saracen-Jeeps und „Snatch-Squads“ (Greiftrupps) auskommen müssen. Von letzteren Taktiken allerdings können auch bundesdeutsche Spezialkommandos sich noch einiges abschauen.

eine Kommission einzusetzen, die diesen Punkt behandeln soll. Der Rat beriet auch über den jüngsten jordanischen Schritt, das jordanische Parlament zu reaktivieren. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß dieser Schritt keine politischen Implikationen beinhalte, die im Widerspruch zu den Beschlüssen den Gipfels von Rabat stehen, der die PLO als einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt hat.

Desweiteren wies der Rat das israelisch-libanesisches Abkommen zurück und bekräftigte seinen festen Stand an der Seite des libanesischen Volkes im Kampf um seine Unabhängigkeit und Integrität. Der Rat hob ferner besonders die Haltung des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb Palästinas hervor, das die unabhängige palästinensische Beschlußfassung und die PLO als seine legitime Vertretung tapfer und entschieden verteidigte.

Der Rat begrüßte auch die Haltung der Vereinten Nationen sowie befreundeter und brüderlicher Nationen, insbesondere jene, die der palästinensischen Revolution bei ihrer Evakuierung aus Tripoli Schutz und Garantien gegeben hatten. Der Rat dankte all jenen Ländern, die die aus Ansar befreiten Palästinenser aufgenommen hatten. Schließlich beschloß der Revolutionsrat, ein Komitee zu bilden, das die fünfte Generalkonferenz von al-Fatah vorbereiten soll.

Politische Erklärung des Revolutionsrates von Al-Fatah

Vom 9.—12. Januar tagte in Tunis der Revolutionsrat von Al Fatah, der mit Abstand wichtigsten politischen Organisation innerhalb der PLO. Der Rat befaßte sich mit den Ergebnissen der Sitzung des ZK von Al Fatah, die die jüngste Lage in Nahost und die Entwicklungen innerhalb der PLO zum Gegenstand hatte. Wir geben diese Erklärung im folgenden nach dem von der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa verbreiteten Text wieder.

Der Revolutionsrat diskutierte einen Bericht des Zentralkomitees von al-Fatah über die allgemeine politische Situation und den Besuch des Vorsitzenden der PLO, Yassir Arafat, in Kairo. Der Rat untersuchte die interne Situation in al-Fatah und verabschiedete entsprechende Resolutionen. Betont wurde die Eskalation des bewaffneten Kampfes angesichts der israelischen Arroganz und der Unterdrückungsmaßnahmen gegen das palästinensische Volk. Verurteilt wurde die syrisch-libysche Konspiration gegen das palästinensische Volk und seine Sache, deren Ziel es war, der PLO und der palästinensischen Revolution Bevormundung und Schutzherrschaft aufzuzwingen und die unabhängige palästinensische Beschlußfassung zu usurpieren.

Der Rat bestätigte die Entscheidung des Zentralkomitees, zehn Mitglieder des Revolutionsrates auszuschließen. Er verurteilte jene, die an den

Kämpfen gegen das palästinensische Volk und die Bombardierung der Flüchtlingslager teilnahmen, und betrachtete sie als Kriminelle und Agenten, die als Deckmantel für die syrisch-libysche Verschwörung herhalten mußten. Dagegen lobte der Rat die Soldaten und Offiziere der Hittin-Streitkräfte sowie die Mitglieder und Kader der Organisationen, die die Befehle ihrer Chefs, die Flüchtlingslager und die libanesisches Bevölkerung zu bombardieren, verweigerten. Der Rat würdigte besonders auch die Haltung der palästinensischen Organisationen, die eine Beteiligung an diesem berüchtigten Komplott zurückgewiesen hatten, und bekräftigte ihre Verpflichtung zur palästinensischen Legitimität und der unabhängigen Beschlußfassung.

Der Rat betonte die Notwendigkeit der nationalen palästinensischen Einheit. Er bestätigte die Resolutionen des Fatah-Zentralkomitees in Hin-

sicht auf politische Schritte in der arabischen und internationalen Arena auf der Basis der Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrats und des Gipfels von Fez sowie in Übereinstimmung mit dem politischen Programm der vierten Generalkonferenz von al-Fatah. Der Rat bekräftigte seine Verpflichtung, die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, sein Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung seines eigenen Staates auf seinem nationalen Boden unter Führung der PLO zu erreichen.

Der Revolutionsrat bestätigte die Erklärung des Zentralkomitees von al-Fatah vom 4. Januar 1984 hinsichtlich des Besuchs von Yassir Arafat in Kairo. Der Rat unterstützte den Standpunkt des Zentralkomitees, was die Behandlung von Ägypten anbelangt. Als Rahmen gelten jene politischen Schritte, die das Zentralkomitee von al-Fatah in Zusammenarbeit mit dem Exekutivkomitee der PLO und auf Grundlageder Resolution vom 17./18. März 1983 beschlossen hat. Was die Verhandlungen mit Jordanien betrifft, so bestätigte der Rat die Entscheidung des Zentralkomitees, in Zusammenarbeit mit dem Exekutivkomitee der PLO

Lehrergenossinnen und -genossen



Wir suchen Mitarbeiter

Die Wendepolitiker in Bonn haben, wie ihr wißt, den Bildungsbereich als eines ihrer besonderen Steckenpferde erkoren — dies verdeutlichen nicht nur die vielfältigen Maßnahmen des letzten Jahres, sondern auch ihre bei jeder Gelegenheit ausgewählten Stellungnahmen.

Dem liegt eine gesamte ideologische und politische Bildungskonzeption zugrunde, die reaktionärsten Zielen des Kapitals entspricht, und nach denen nun stückweise der Bildungsbereich „reformiert“ werden soll.

Wir meinen, daß es eigentlich schon längst überfällig, angesichts des Veränderungsprozesses, den die Wende in Bonn eingeleitet hat, nun wirklich höchste Zeit wird, von der KPD aus unsere demokratischen Bildungsvorstellungen zu verdeutlichen.

Als ersten Schritt wollen wir eine bildungspolitische Erklärung, gemeinsam mit den Kommunistischen Studenten und der KJD erarbeiten.

Wir suchen deshalb dringend interessierte Genossinnen und Genossen, die im Rahmen einer kleinen AG daran mitarbeiten.

Interessierte melden sich bitte bis Ende Februar bei: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, (oder über den internen Parteiweg).



UNTERSTÜTZT DEN AUFBAU UNABHÄNGIGER GEWERKSCHAFTEN IN SÜDAFRIKA

Veranstaltungstermine der Rundreise des Vertreters der South African Black Municipal Workers' Union

Fr., 27. 1.	Ravensburg, Gasthof Storchen, 20.00 h
Sa., 28. 1.	Stuttgart, Jugendzentrum Mitte, 19.30 h
Mo., 30. 1.	Freiburg, Fabrik, Theatersaal, Habsburgerstr., 20.00 h
Di., 31. 1.	Schwäbisch Hall, Club Alpha, Pfarrgasse, 20.00 h
Mi., 1. 2.	Heilbronn, DGB-Jugendheim, 19.30 h
Do., 2. 2.	Heidelberg, Gewerkschaftshaus, 19.30 h
Fr., 3. 2.	Frankfurt, Gewerkschaftshaus, 19.30 h

Spendensammlung zur Unterstützung in Südafrika inhaftierter Gewerkschafter:

Konto C.U. Monica (Unterstützung inhaftierter Gewerkschafter in Südafrika), BfG: Köln, Kto.-Nr. 1146368600 (BLZ: 37010111)

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



In den Straßen von San Francisco ...

Anfang Januar wurde in San Francisco Dan White freigelassen. Er hatte im November 1978 den damaligen Bürgermeister Moscone und den Stadtrat Milk erschossen, dafür im Frühjahr 79 eine Strafe von sieben Jahren erhalten und wurde jetzt vorzeitig freigelassen. Ein besonderes Beispiel „liberaler Justiz“? Zur selben Zeit, da wieder verstärkt Todesstrafen ausgesprochen und auch vollzogen werden? Nein, der Hintergrund ist ein ganz anderer ...

Dan White war Polizist, dann Feuerwehrmann, Held des Überfalls auf Vietnam. Er kandidierte 1977 für den Stadtrat. Sein wichtigster Programmpunkt: „Befreiung der Stadt von den sozial Abartigen“.

Gemeint waren damit in erster Linie die Homosexuellen-Bereiche, die sich in dieser Stadt, die immer sehr viel auf ihre Toleranz gab, gebildet hatten. Ein rundes Drittel seiner Wahlhelfer sollen Polizisten gewesen sein, die ihre Einsätze sogar in Uniform durchführten. Er wurde gewählt. Im Stadtrat führte dies zu heftigen politischen Auseinandersetzungen mit dem neugewählten — mit einer Mehrheit von knapp 4000 Stimmen — Bürgermeister Moscone und dem Vertreter der Homo-

sexuellen im Rat, Harvey Milk.

Nach wenigen Monaten trat Dan White von seinem Amt zurück: Finanzielle Schwierigkeiten erlaubten es ihm nicht, mit seiner Familie nur von dem recht niedrigen Einkommen eines Stadtrats (unter 1000 Dollar monatlich) zu leben, Mehrheiten hatte er im Rat für seine Ansichten nicht finden können. Dieser Rücktritt aber gefiel den Leuten, die hinter ihm standen überhaupt nicht. Vor allem die führenden Polizeibehörden drängten ihn, seinen Schritt rückgängig zu machen, was er dann auch wollte, der Bürgermeister aber verweigerte. Am 27. November 78 fand eine Pressekonferenz statt, bei der der Bürgermeister Whites Nachfolger vorstellen wollte — White stieg in ein Fen-

ster ein und erschoss den Bürgermeister und den Stadtrat Milk.

Er wurde verhaftet und der Prozeß begann relativ rasch. Dabei ging es nie um die Tat, sondern nur um die Frage vorsätzlicher Mord oder Totschlag. Depressionen, (verstärkt durch falsche Ernährung) vor allem mit „Twinkies“ (einer Süßigkeit) sollen ihn zum Zeitpunkt der Tat unzurechnungsfähig gemacht haben. Diese so bezeichnete „Twinkie-Defense“ hatte Erfolg. Sieben Jahre wegen Totschlags lautete das Urteil.



Bürgermeister Moscone und Stadtrat Milk (links)

Im Anschluß daran kam es zu regelrechten Straßenschlachten mit über 120 Schwerverletzten. Homosexuelle Bewohner San Franciscos stürmten Polizeireviere und das Rathaus, zündeten Polizeiautos an (wobei sie anschließend für sich in Anspruch nahmen, vorher zuviel „Twinkies“ gegessen zu haben) — aber zu keiner echten Untersuchung der Vorfälle und schon zu keinerlei Nachforschungen über Zusammenhänge mit der Geschäftswelt. Und gerade diese gab es in jeder Richtung.

Moscone selbst hatte Ver-

bindungen zu der Sekte „Tempel des Volkes“, jenes Jim Jones, der kurz vor der Erschießung Moscones den Massenmord in Guayana organisiert hatte. Seine Nachfolgerin Feinstein andererseits, die sich als „Mentorin“ des „Totschlägers“ White bezeichnete und diesen auch mitfinanziert hatte, hatte gutbekannte intensive Verbindungen zur gesamten Bauwirtschaft, die in San Francisco eine große Rolle spielt. Aus deren Kassen soll auch ein Teil von Whites Wahlkampagne bezahlt worden sein.

All dies blieb unter der Decke. Und es geht auch nicht darum, härtere Strafen zu fordern, sondern um den Charakter dieser Justiz. Was wäre gewesen, wenn White ein Schwarzer gewesen wäre? Der elek-

trische Stuhl wäre ihm sicher gewesen. Was wäre gewesen, wenn White gar ein linker Schwarzer gewesen wäre? Wahrscheinlich wäre er auf der Flucht erschossen worden wie so viele einstige Aktive der „Black Panther Party“. So schrieb der „San Francisco Chronicle“. Dem ist nicht viel hinzuzufügen, außer daß nun keine Stadt den freigelassenen White haben will. Seine einstige Beschützerin auch nicht.

Die Polizei von San Francisco sieht offensichtlich ziemlich anders aus, als Lieutenant Stone im Fernsehen.

Herstatt-Prozeß am Ende?

Er ist krank, er ist nicht krank, er ist ...

Selten hat ein Mann, der vor Gericht gestellt werden sollte, soviel Nachsichtigkeit geerntet wie Iwan D. Herstatt, Millionpleitier und Millionenbetrüger. 10 Jahre ist es nun her — rund gerechnet — daß seine Bank auf spektakuläre Weise Konkurs machte und dabei sogar drohte, die Finanzgruppe der Gerlings da mit hineinzuziehen. Er kam nie vor Gericht, weil er krank war. Geld hatte er auch keines mehr — nur seine Frau. Und als er nun, im zweiten Anlauf, wieder vor Gericht soll, ist er auch wieder krank.

Nachricht wurde mit ihm geübt, wie man es ansonsten nur von alten Nazi-Massenmördern vor der deutschen Justiz her kennt. Jetzt geht der Streit einmal mehr darum, ob er krank ist, jedenfalls: Zu den ersten Terminen erschien er nicht.

Und natürlich: Er hat Atteste, er liegt in der Klinik. Eine Zeugnisaussage, die unterstreicht, daß er sich da viel mehr bewegt als er zugeben mag, gibt es auch, und auch die Tatsache, daß der Professor, der ihm sein Attest ausstellte, ein alter Bekannter ist.

Der Fall Herstatt ist einfach ein Beispiel dafür, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Denn Herstatt gehörte nun mal zum „Kölsche Klüngel“, konnte schon mal Geburtstagsfeiern im

Opernhaus abziehen und ähnliche kostspielige Einlagen bringen, er hatte es ja. Daß er in der letzten Bilanz seines Hauses diese um rund 460 Millionen nach oben polierte und so dazu kam, noch schnell vor der Pleite 1 bis 2 Millionen beiseitezuschaffen, das hat ihm wahrlich nicht geschadet. Seinem Ruf vielleicht schon, seinem Geldbeutel weniger, auch wenn er nichts mehr hat.

Verglichen mit anderen Straffällen, beispielsweise solchen aus dem Feld eigentlicher Bagateljustiz (Urteile über Brot klauen oder Schwarzfahren) wird da schon ganz schön deutlich, daß die bundesdeutsche Justiz in Wirklichkeit auf zwei Augen blind ist: Auf dem rechten und auf dem reichen ...

Rückleuchte

„Wo man singt, da laß dich ruhig nieder“

Es war nicht vor vielen Jahren, nein, vor wenigen Tagen. Da wurde ein Gesangbuch zum Gegenstand politischen Streits, ein kirchliches Gesangbuch gar.

Der mitgliederstärkste katholische Jugendverband der BRD, die „Katholische Junge Gemeinde“ (KJG) hatte ein neues Gesangbuch ausgearbeitet, worin solch gotteslästerliche Texte wie „Dem Morgenrot entgegen“ oder „Es wollt ein Bauer früh aufstehen“ aber auch „Venceremos“ und andere enthalten waren.

Das war der deutschen Bischofskonferenz, einer Institution, die stets sehr scharf auf die „richtige Linie“ achtet, unangenehm aufgefallen. Und nachdem es nun mal in den letzten paar Hundert Jahren so geworden ist, daß sie kein Monopol mehr auf Gesangbücher haben, wollen sie doch zumindest ein katholisches Gesangbuch rein halten, der Obrigkeit ergeben.

Der Kölner Kardinal Höffner, der Fuldaer Dyba und der Essener Hengsbach (ein Mann, der gerne was davon hermacht, daß er in einem Arbeiterbezirk tätig ist) waren die wortgewaltigsten Kritiker des neuen Buches, die sich sogar zu regelrecht animalischen Vergleichen, etwa zwischen Nachtigall und Warzenschwein aufschwangen.

Die Bundesleitung der KJG hatte zunächst noch mal aufgemerkt, war dann aber nach einem Gespräch mit dem Jugendbischof zum eiligen Rückzug bereit.

Man mag sich nun natürlich fragen, was denn die Herren Bischöfe gegen Lieder haben mögen, die in Lateinamerika beispielsweise Millionen Christen lebhaft mitsingen, mit solchen Liedern, mit denen vor einigen Jahrhunderten gegen die Kirche protestiert wurde, haben sie bekanntermaßen heute noch Schwierigkeiten und mit der Befreiung der Arbeiterschaft auch. Es kam, nach KJG-Auskunft „gut an“, aber der Verkauf wurde auch sofort verboten.

Denn die Bischöfe sind lebensklug. Sie wissen, daß auch böse Menschen, solche gar, die gegen die Regierung sind, Lieder haben. Gelt??

Taktik der Woche



Auf den H..immel gekommen ist die Wahlwerbung von SPD und CSU in München. Der restaurierte Friedensengel soll's beiden bringen. Wer von den dreien damit den genialen taktischen Schachzug getan hat, wird sich zeigen müssen. Auf alle Fälle: Himmlicher Beistand ist erflacht.

Ein Mann und sein Beruf:

Der „Edeka-Fall“

Verschiedentlich tauchte in der Berichterstattung über die Parteispendenaffäre einschließlich des Flick-Skandals der Name Klaus Förster auf. Chef der Steuerfahndungsstelle St. Augustin war er es, der den „Ball ins Rollen“ gebracht hatte — und sich auch nicht davon abbringen ließ, als der Druck von oben genau dies von ihm forderte. In jüngster Zeit nun wurden mehrere Berichte veröffentlicht, die sich mit dem weiteren beruflichen Weg Herrn Försters befassen.

Am Mittwoch letzter Woche stand als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestags eben jener Klaus Förster. Nicht mehr in seiner Eigenschaft als Beamter der Steuerfahndung, sondern als freiberuflicher Rechtsanwalt. Im Sommer letzten Jahres war er „freiwillig ausgestiegen“, einschließlich des Verzehrs auf Pensionsanspruch usw.

Das ist das Ende seiner Tätigkeit, rund zehn Jahre nachdem er dazu gedrängt worden war, zur Steuerfahndung zu gehen, wofür ihn damals alle seine Vorgesetzten für den passenden Mann hielten und ihm entsprechende Beurteilungen schrieben.

Anfang 74 trat er dieses Amt beim Finanzamt Bonn-St.-Augustin an. Zwei Jahre später, Ende 75, waren seine Vorgesetzten schon ganz anderer Meinung über ihn, hatte sich ihr Urteil um 180 Grad gedreht, nun war er der falsche Mann am falschen Platz. Der Grund: Gerade damals hatte er im Zuge normaler Überprüfungen den Anfang der Parteispendenaffäre aufgedeckt, nach eigenen Aussagen mehr zufällig.

Försters Fahndungsstelle wurde — entgegen dem Gesetz — aufgefordert, die weitere Überprüfung der Steueraffäre der „Union Betriebs GmbH“ der CDU-Steuerklaufirma, einzustellen. Stattdessen übergab

Förster das Material der Staatsanwaltschaft. Zum Gespräch gerufen, fragte ihn ein Vorgesetzter: „...oder sind sie ein Edekafall?“ (Edeka soll heißen: Ende der Karriere). Man bot ihm andere Stellen, mit Aufstiegsmöglichkeiten, die er ablehnte. Man drohte ihm, wie der damalige SPD-Finanzminister von NRW, Halstenberg, seine offizielle Beurteilung war nun, daß er „nicht ins Umfeld“ passe.

Trotz allem hielt er bis 1980 durch und deckte noch jene Fäden der Parteispendenaffäre auf, die sich bis hin zum Hause Flick und dem adligen Wirtschaftsgrafen zogen. Das war dann endgültig zuviel: Er wurde, als amtliche Reaktion dafür, daß er einen der größten Bestechungsfälle der deutschen Geschichte aufdeckte, strafversetzt ans Finanzamt Köln-Ost. Drei Jahre später hat er dann da gekündigt, ohne etwas darüber zu sagen, was in diesem Zeitraum so alles intern passiert ist.

Weil er weiter untersuchte, weil er die Wahrheit ans Tageslicht beförderte, weil er seine ursprüngliche Personalbeurteilung erfüllte, die ihn unter anderem als ausdauernd und zäh bezeichnet hatte, mußte er gehen: Ein „Edekafall“ eben in einer Republik wie dieser, deren Funktionieren zu einem großen Teil auf Lüge und Bestechung begründet ist ...

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALEKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTES MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Steacy, Linnestr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 66 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.